



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

POLITISCHE MACHTSICHERUNG

■ KOMMENTAR

Strategische Repression und eine zersplitterte
Opposition sichern Lukaschenkas Macht 2
Von Konstantin Ash, San Diego (USA)

Wie schafft es Lukaschenka, an der Macht zu
bleiben; was bedeutet das für die Zukunft von
Belarus? 4
Von Margarita M. Balmaceda, Washington D.C.

Machtsicherung in Belarus.
Der kulturelle Faktor 6
Von Grigory Ioffe, Radford (USA)

Das Ende der politischen Isolation von Belarus:
Mission (im)possible? 8
Von Alla Leukavets, Bremen

Warum Lukaschenka an der Macht bleibt und
die Konsequenzen für Belarus 9
Von David Marples, Edmonton (Kanada) und
Uladsimir Padhol, Minsk

Wie es Lukaschenka gelingt, an der Macht zu
bleiben, und was das für die Zukunft
von Belarus bedeutet 11
Von Arkady Moshes, Helsinki

Wie man an der Macht bleibt: Lukaschenkas
Rezept 12
Von Andrej Porotnikov, Minsk

Ein neues Kapitel in der Geschichte
von Belarus? 14
Von Yauheni Preiherman, Minsk und Warwick

Wählen im autokratischen Belarus:
Wie die Bürger das Spiel der Wahl spielen 15
Von Maryia Rohava, Oslo

Belarus steht am Scheideweg 17
Von Astrid Sahn, Berlin

Belarus, die Demokratie und die EU 18
Von Olga Stuzhinskaya, Brüssel

■ DOKUMENTATION

Ergebnisse der Wahlbeobachtung durch die
Kampagne »Menschenrechtsaktivisten für
freie Wahlen« (Europäische Plattform für
demokratische Wahlen) 20

■ CHRONIK

1. September – 11. Oktober 2015 22



Strategische Repression und eine zersplitterte Opposition sichern Lukaschenkas Macht

Von Konstantin Ash, San Diego (USA)

Einleitung

Alexander Lukaschenka ist seit 1994 Präsident von Belarus und hat fünfmal Präsidentschaftswahlen gewonnen. Im Oktober 2015 stellte er sich erneut zur Wiederwahl und gewann mit einem komfortablen Vorsprung gegen zwei Herausforderer der Opposition und gegen Sergej Gaidukewitsch, einen stets wiederkehrenden Kandidaten einer Partei, die vor allem als regimetreue Marionettenpartei angesehen wird. Wie alle Wahlen seit 1994 wurde auch diese von Betrugsvorwürfen und der Einschüchterung oppositioneller Gruppen begleitet. Kurz gesagt: Lukaschenkas Regime ist zweifelsfrei autokratisch, er wird weithin als »Europas letzter Diktator« bezeichnet. Die Frage ist, wie sich dieser »letzte Diktator« an der Macht hält.

In den letzten zehn Jahren haben Politikwissenschaftler beträchtliche Fortschritte beim Verständnis davon gemacht, wie autokratische Führer an der Macht bleiben. Vor allem zeigen die Analysen, dass autokratische Führer selten als die skrupellosen Karikaturen ihrer selbst auftreten, die einem beim Wort Diktator vermutlich als erstes in den Sinn kommen. Vielmehr fallen relativ wenige Autokratien unter die Kategorie des Totalitarismus, der etwa in Nordkorea unter der Kim-Familie existiert. Die Forschung betont, dass sämtliche Führer, sogar die Autokraten, zumindest gegenüber einigen Individuen in ihren Ländern Rechenschaft ablegen müssen (Buena de Mesquita et. al. 2003). Viele autokratische Führer profitieren sogar von Wahlen, entweder indem sie durch überhöhte Stimmanteile ihre öffentliche Beliebtheit demonstrieren (Magaloni 2006) oder indem sie über Regierungssitze und Zugang zu Patronagenetzwerken des Regimes Oppositionsmitglieder einbinden (Blaydes 2011).

Wie bleibt Lukaschenka an der Macht?

Eigenartig ist an Lukaschenkas Regime, dass er von der Vorstellung profitiert, er sei die einzige überlebensfähige politische Führungsfigur, während die Opposition von Wahlerfolgen weitgehend ausgeschlossen wurde, obwohl ihre Teilnahme am Wahlkampf zugelassen wurde. Dieses seltsame Bild zieht zwei Fragen nach sich: Warum lässt die belarussische Regierung die Opposition an den Wahlen teilnehmen und scheint ihr damit eine Plattform für regimekritische Rhetorik zur Verfügung zu stellen? Und warum nimmt umgekehrt die Opposition trotz der geringen Wahrscheinlichkeit eines auch nur kleinen Erfolgs an den Wahlen teil?

In einem dieses Jahr in der Fachzeitschrift *Democratization* veröffentlichten Aufsatz behaupte ich, dass die finanzielle Unterstützung der belarussischen Opposition aus dem Ausland ein zusätzlicher Anreiz für Oppositionspolitiker ist, an den Wahlen teilzunehmen. Denn die Oppositionsführer müssen aus einer breiten Masse hervorstechen, und durch die Teilnahme an Wahlen demonstrieren sie ausländischen Geldgebern ihre Unterstützung durch das Volk. Das Regime fördert erweisenmaßen die Beteiligung unterschiedlicher Oppositionspolitiker, so gibt es etwa nur wenig Einschränkungen bei der Registrierung und den Wahlkampagnen und die Kandidaten haben sogar die Möglichkeit, im belarussischen Staatsfernsehen aufzutreten. So bringen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen dem Regime auf dem Papier große Erfolge ein, nach den Wahlen kommt es dann wegen Betrugsvorwürfen jedoch oft zu Protesten. Und es ist statistisch erwiesen, dass Proteste nach den Wahlen sehr viel wahrscheinlicher vom Regime unterdrückt werden als Proteste zu jedem anderen Zeitpunkt der Legislaturperiode. Diese Unterdrückung hat schlimme Konsequenzen für die Opposition. Die meisten oppositionellen Präsidentschaftskandidaten werden im Zuge der Nach-Wahl-Treibjagden entweder inhaftiert oder ins Exil gezwungen. In der Folge zerfallen die Organisationen, deren Führungsfiguren inhaftiert oder im Exil sind, und es entstehen zahlreiche politische Oppositionsbewegungen, die wiederum an den folgenden Wahlen teilnehmen können.

Zusammengefasst: Die Kombination aus finanziellen Anreizen aus dem Ausland und selektiver Repression bewirkt eine Zersplitterung der belarussischen Opposition, der es so nicht gelingt, eine mehr als nur symbolische Herausforderung des Regimes zu Wege zu bringen (Ash 2015).

Was heißt das? Wahlen helfen Lukaschenka!

Im Grunde scheint die zersplitterte und aus dem Ausland finanzierte politische Opposition Lukaschenka eher zu nutzen als zu schaden. Genau wie viele andere autokratische Führer auf der Welt hält Lukaschenka Wahlen ab, um durch den Erhalt von vier Fünfteln der Stimmen seine Unbesiegbarkeit durch Wahlen zu demonstrieren. Und die Opposition spielt ihm direkt in die Hände, indem sie die Wahlgänge durch ihre Beteiligung legitimiert. Anders als schwächere autokratische Regime, etwa in der Ukraine, Georgien und Kirgistan Mitte der

2000er Jahre, macht Belarus nicht den Eindruck, als ob Proteste gegen Wahlbetrug hier einen Regimewechsel bewirken könnten.

Die Proteste nach den Wahlen zeigen dem Regime nur an, welche Oppositionskandidaten am stärksten sind und inhaftiert werden sollten. Zudem erlauben die Verbindungen der Opposition ins Ausland es dem Regime, Oppositionsmitglieder als ausländische Agenten darzustellen, wie die Unterstützung des Regimes für die Veröffentlichung von Telegrammen des US-Außenministeriums gezeigt hat, die die Kontakte der Opposition ins Ausland demonstrieren (Komireddi 2011) und ihren Einfluss weiter marginalisieren sollen.

Was kann Lukaschenkas Regime schwächen? Nichtförderung der Opposition!

Auch wenn es der Intuition widerspricht: Es mag für Förderer aus dem Ausland das Beste sein, sich entweder von der belarussischen Opposition zurückzuziehen oder andernfalls zumindest einen großangelegten Wahlboykott einer breiten Front von Oppositionsgruppen voranzutreiben. Bei der Parlamentswahl 2012 und der Prä-

sidentschaftswahl 2015 gab es teilweise Boykotte, die aber durch die Kandidatur einiger Oppositionskandidaten unterlaufen wurden.

Ohne Wahlen, die nach einem freien Wettbewerb aussehen, wäre Lukaschenka eines Mechanismus beraubt, mit dem er dem belarussischen Volk seine Beliebtheit demonstrieren kann. Außerdem hätte eine weniger von ausländischer Hilfe abhängige Oppositionsbewegung unter Umständen stärkeren Rückhalt bei den durchschnittlichen Belarussen. Und das Fehlen ausländischer Gelder wäre für die sehr verschiedenen Oppositionsparteien möglicherweise ein Anreiz, sich zusammenzuschließen, um eine effiziente und geschlossene politische Bewegung zu bilden, die eine breite Wählerschaft ansprechen kann.

Eine starke und vereinte Oppositionsbewegung könnte einen glaubwürdigen Wahlboykott auf die Beine stellen, der die Legitimität des Lukaschenka-Regimes untergraben und das Regime sogar an der Wahlurne herausfordern könnte – auf gleichberechtigterem Terrain bei späteren Wahlen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Konstantin Ash promoviert in Politikwissenschaft an der University of California in San Diego. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Analyse von politischer Auseinandersetzung und Gewalt. Seine Arbeiten erschienen neben *Democratization* auch in den wissenschaftlichen Zeitschriften *Communist and Post-Communist Studies*, *International Interactions* und *Terrorism and Political Violence* – bzw. werden dort erscheinen.

Quellen:

- Ash, Konstantin. 2015. "The Election Trap: The Cycle of Post-electoral Repression and Opposition Fragmentation in Lukashenko's Belarus," *Democratization* 22(6): 1030–1053.
- Blydes, Lisa. 2011. *Elections and Distributive Politics in Mubarak's Egypt*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bueno de Mesquita, Bruce, James Morrow, Randolph Siverson and Alastair Smith. 2003. *The Logic of Political Survival*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Komireddi, Kapil. 4. Oktober 2011. "Belarus, Europe's Last Dictatorship, Uses WikiLeaks to Target Dissidents," *Tablet*. Abgerufen am 4. Oktober 2015. <<http://www.tabletmag.com/jewish-news-and-politics/79749/wikitargeted>>
- Magaloni, Beatriz. 2008. *Voting For Autocracy: Hegemonic Party Survival and its Demise in Mexico*. Cambridge: Cambridge University Press.

Wie schafft es Lukaschenka, an der Macht zu bleiben; was bedeutet das für die Zukunft von Belarus?

Von Margarita M. Balmaceda, Washington D.C.

Einleitung

Die Formulierung der Frage ist von großer Relevanz, denn sie zielt nicht nur auf die Quellen oder das »Geheimnis« der Unterstützung von Lukaschenka durch die Bevölkerung ab, sondern bezieht sich generell auf die Quellen der Langlebigkeit seiner Macht auch jenseits des hohen Maßes an Unterstützung durch die Bevölkerung, das er zweifelsfrei genießt. (Die Unterstützung liegt laut den regelmäßigen Umfragen des unabhängigen Instituts NISEP in den letzten Jahren bei etwa 40 Prozent).

Das »Geheimnis« der Langlebigkeit von Lukaschenkas Macht lässt sich nicht auf einen bestimmten Bereich reduzieren, sondern besteht aus einer Kombination von Faktoren, die sich im Lauf der Jahre entwickelt hat: ein Faktor ist sein Charisma, ein anderer – an Bedeutung gewinnender – die individuelle Bewertung ihrer wirtschaftlichen Situation durch die Bürger und ein weiterer die Repression.

Unterstützung durch die Bevölkerung

Schlüsselmomente zum spezifischen Verständnis der Gründe für die Unterstützung Lukaschenkas durch die Bevölkerung finden sich im wirtschaftlichen, im symbolischen und im diskursiven Bereich. Wirtschaftlich betrachtet war der Schlüssel zu Lukaschenkas Erfolg nicht nur seine Fähigkeit, schmerzhaft Wirtschaftsreformen durchzuführen, sondern auch die Politik des Wirtschaftswachstums, die das Land während weiter Teile seiner Präsidentschaft betreiben konnte – beispielhaft für sie sind die wachsenden Durchschnittslöhne, die (umgerechnet in US-Dollar) während des Ölverarbeitungsbooms von 100 US-Dollar 1997 auf 530 US-Dollar Ende 2010 gestiegen sind.

Lukaschenkas Beliebtheit kann auch seinem erfolgreichen Bezug auf Themen zugeschrieben werden, die für einen großen Teil der belarussischen Bürger von zentraler symbolischer bzw. identitärer Bedeutung sind. Grigory Ioffe (2007) bezieht sich darauf in seiner Diskussion darüber, wie Lukaschenka einen gewissen »kreativen« Nationalismus in Belarus verkörpert und ihm so eine Stimme verleiht.

Aber auch wer Ioffe nicht zustimmt, kann leicht erkennen, dass ein Schlüssel für Lukaschenkas breitere Beliebtheit – vor allem in den frühen 1990er Jahren – sein erfolgreicher Bezug auf die Ängste vieler Bürger vor einer zu schnellen »Belarussifizierung« in Sprache und Bildung war. Diskursiv wurde die Macht seines Charis-

mas durch seine Fähigkeit gesteigert, klar und unmittelbar verständlich zu sprechen, darin von der Bevölkerung akzeptiert zu werden und ihre tiefstehenden Ängste und Hoffnungen zu thematisieren – Ängste und Hoffnungen, die weit in die Geschichte zurückreichen.

Diese diskursiven Fähigkeiten spielten vor allem eine Schlüsselrolle dabei, seiner Beliebtheit über die enormen Höhen und Tiefen in den Außenwirtschaftsbeziehungen und im Verhältnis zu Russland hinwegzuhelfen. Während wirtschaftlicher Krisenzeiten und bei Krisen in der Beziehung zu Russland hat Lukaschenka extrem gekonnt Russland die Schuld in einer Weise gegeben, die von der Bevölkerung akzeptiert wurde. Auf allen drei Gebieten, dem wirtschaftlichen, dem symbolischen und dem diskursiven, war er in der Lage, von einem Bezug auf tief verankerte kulturelle Grundlagen zu profitieren, darunter vor allem der mit der Sowjetzeit assoziierte Gesellschaftsvertrag zwischen Staat und Bevölkerung, dem sogenannten »Mascherawscher Gesellschaftsvertrag«, zurückgehend auf den langjährigen charismatischen sowjetbelarussischen Führer Piotr Mascheraw aus den 1970er Jahren.

Repression

Damit ist nicht gesagt, dass Lukaschenkas lange Machterhaltung keine anderen Quellen als die Unterstützung durch die Bevölkerung hat – an erster Stelle spielen auch Repression und externe Unterstützung eine Rolle. Seinen härtesten Ausdruck fand diese Repression in der dauerhaften Inhaftierung politischer Aktivisten, darunter fünf Oppositionskandidaten der Präsidentschaftswahl von 2010, der letzte von ihnen wurde erst im August dieses Jahres freigelassen.

Eine mildere, aber nicht weniger wirkungsvolle Form der Repression ist die präventive Repression. Ihre Macht gründet in der Angst der Bürger vor den möglichen Auswirkungen ihrer Handlungen angesichts ihrer hohen Abhängigkeit vom Staat sowie den Gütern und Dienstleistungen, die nur er zur Verfügung stellen oder auch verweigern kann. Auch die russische Unterstützung – durch Kredite sowie vorteilhafte Handelsbedingungen (vor allem im Energiegeschäft) – war entscheidend.

Es wäre ein Fehler, die Bedeutung dieser Unterstützung als nur von außen kommend anzusehen und die Art ihrer innenpolitischen Nutzung nicht zu berücksichtigen. Nicht nur die Existenz der externen Energiegewinne, sondern auch, wie sie innenpolitisch genutzt

wurden, kann helfen, die lange Machterhaltung von Lukaschenkas Regime zu erklären. Neben der rein finanziellen Bedeutung dieser Unterstützung waren Lukaschenkas Kurs in der Energiepolitik und sein Management der Energieeinnahmen – nicht nur mit Russland, sondern auch mit der einheimischen Nomenklatura und der belarussischen Wählerschaft – Schlüsselmomente der Langlebigkeit seiner Macht. Ein weiterer Schlüssel liegt darin, wie diese Einnahmequellen als Teil eines »Kreislaufs von Profiten aus der Energiewirtschaft« gegenüber verschiedenen Gruppen eingesetzt wurden. Gegenüber Russland kamen die Energieeinnahmen zum Einsatz, indem die wichtige Rolle von Belarus (als Verarbeitungszentrum) in der Wertschöpfungskette der russischen Ölproduzenten betont wurde. Gegenüber der belarussischen Nomenklatura wurden sie sowohl zu deren politischer Einbindung genutzt als auch – wenn nötig –, um ihren Mitgliedern ein Lukaschenka-treues Verhalten aufzuzwingen. Gegenüber der Bevölkerung wurden die Energieeinnahmen für steigende Löhne, eine expandierende Wirtschaftspolitik und populäre Bauprojekte eingesetzt – all das trug zu Lukaschenkas Beliebtheit bei.

Ausblick

Die Frage, was all das für die Zukunft von Belarus bedeutet, ist viel schwerer zu beantworten, aber definitiv

auch noch wichtiger. Das Vorhandensein von externer Unterstützung hat es Belarus – bis dato – ermöglicht, die sozialen Kosten der wirtschaftlichen Restrukturierung weit in die Zukunft zu verschieben. Die Bevölkerung ist seit 15 Jahren an einen steigenden Lebensstandard unter Lukaschenka gewohnt, so dass ihre Geduld mit jedem neuen System gering sein dürfte, das die längst überfälligen, aber sozial kostspieligen Wirtschaftsreformen angeht. Eine Verschiebung der sozialen Kosten der Wirtschaftsreformen auf eine Zeit, in der ein anderer Kandidat an die Macht kommt, könnte für die neue belarussische Demokratie aber tatsächlich tödlich sein.

Da die aktuellen Entwicklungen auf dem Weltmarkt die Spanne zwischen den belarussischen Ölimportpreisen und den Exportpreisen für Erdölprodukte aus Belarus deutlich reduzieren, sinkt auch die Fähigkeit des Landes, von seiner Rolle bei Verarbeitung und Export russischen Öls zu profitieren. Gleichzeitig sind Russlands Kapazitäten zur wirtschaftlichen Unterstützung von Belarus durch seine eigenen Verluste im internationalen Energiehandel weiter zurückgegangen. Daraus folgt, dass das »belarussische Wirtschaftswunder« wohl eher früher als später eine Krise erleben wird. Die Empörung der Bevölkerung über unvermeidbare, aber lange aufgeschobene Reformen könnte sich letztlich gegen Lukaschenka selbst richten.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin

Margarita M. Balmaceda promovierte an der Princeton University und ist Professorin für Diplomatie und Internationale Beziehungen an der Seton Hall University und assoziierte Wissenschaftlerin am Harvard Ukrainian Research Institute. 2015/2016 ist sie Resident Fellow am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington DC. Ihr jüngstes Buch wurde kürzlich vom International Congress of Belarusian Studies als »Best foreign book on Belarus published in 2013–2014« ausgezeichnet.

Lesetipps

- Margarita Balmaceda (2014): "Living the High Life in Minsk: Russian Energy Rents, Domestic Populism and Belarus' Impending Crisis", Budapest: Central European University Press.
- Grigory Ioffe (2007): "Unfinished Nation-Building in Belarus and the 2006 Presidential Elections," *Journal of Eurasian Geography and Economics*, 48.1, S. 37–58.

Machtsicherung in Belarus. Der kulturelle Faktor

Von Grigory Ioffe, Radford (USA)

Einleitung

Wer – wie so viele – glaubt, dass Politik die Kultur beeinflusst und auf keinen Fall andersherum; wer glaubt, jeder Mensch mit einem guten Herzen sehnt sich nach Demokratie westlichen Formats; wer Dinge lieber so sieht, wie er ist und nicht wie sie sind, dem empfehle ich aufrichtig, diesen Artikel nicht weiterzulesen.

Kultureller Kontext

Auf der Grundlage meiner langfristigen Beobachtungen stelle ich fest, dass sich Alexander Lukaschenka in erster Linie an der Macht hält, weil er ein ausgezeichnete Sprecher für Belarus und für eine kritische Masse von Belarussen (auf keinen Fall für alle) ist. Um zu begreifen, welche Art von Graswurzelkultur Belarus prägt, empfehle ich die Lektüre der diesjährigen Gewinnerin des Literaturnobelpreises Swetlana Alexejewitsch, vor allem ihr neuestes Buch *Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus*.

Im Interview mit der russischen Zeitschrift *Ogonyok* bekannte sich Alexejewitsch zu dem beunruhigenden Gefühl, dass viele Menschen von der ungerechten Verteilung von Reichtum vor den Kopf gestoßen sind. »Es gibt zu viele Verlierer«, stellte sie fest. »Und diejenigen, die von der Verteilung profitiert haben, leben hinter hohen Zäunen ... Es gibt eine Menge aufgestaute Spannung und aufgestauten Hass in der Gesellschaft. Die Revolution der 1990er haben [Michail] Gorbatschow und eine Handvoll Intellektueller gemacht. Aber 90 Prozent der Menschen wachten in einem Land auf, das sie nicht kannten, und sie wussten nicht, wie man in ihm lebt. Sie wissen es immer noch nicht, und sie sehnen sich nach dem Sozialismus.«

Alexejewitsch fuhr fort: »Im Großen und Ganzen ist der Kapitalismus, auch abseits seiner rabiaten russischen Prägung, ein ziemlich hartes System. Ja, du kannst besitzen, aber du musst hart arbeiten ... Sehr wenige Menschen waren darauf vorbereitet. Auf einer meiner Reisen habe ich in der Nähe der Stadt Wladimir [in Russland] eine Schlange von Männern vor einem Lebensmittelladen gesehen. Freiheit und Versammlungen in Moskau sind unwichtig für sie ... Sie haben nichts zu tun. Der Laden würde bald aufmachen, und das war ihre Freiheit. Fünf Sorten Wodka, Bananen, das brauchen sie. Ich fragte sie, ob das tatsächlich ihrer Vorstellung von Freiheit entspricht. Sie bejahten das ... Es gibt einen privaten Familienbauern, dessen Anwesen sie mehrfach in Brand gesetzt haben und den sie als Faschist bezeichnen.

Warum Faschist? Weil Du ihn nicht beklauen kannst und auf seinem Hof hart arbeiten musst.« »Der ›rote Mann‹ stirbt aus, und eine neue Phase beginnt. Es ist noch unklar, was werden wird«, schloss sie.

Das Bild des kulturellen Umfelds, das Alexejewitsch beschreibt, sollte mit Vorsicht genossen werden, denn es sind bei weitem nicht alle so verzweifelt wie diese Interviewten. Man muss sich aber auf diese Stimmung beziehen, will man die verschiedenen Entwicklungen erklären, die es in Belarus, Russland und anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion gegeben hat, vor allem in Russland, der Ukraine und Belarus.

Lukaschenka

Lukaschenka ist ein begabter Politiker, vielleicht der begabteste in der gesamten ostslawischen Region. Er ist mit seiner Wählerschaft psychologisch im Einklang. Er ist eine Art Robin Hood, der die Belarussen vor den ständig wechselnden Unsicherheiten des wilden Kapitalismus russischer und vor allem ukrainischer Prägung bewahrt. Es gibt eine geistige und kulturelle Nähe zwischen Lukaschenka und vielen Belarussen (und eigentlich auch Russen und Ukrainern), das geben sogar seine schärfsten Kritiker zu.

Waleri Karbalewitsch, der Autor der 2010 erschienenen – am stärksten ablehnenden und negativen – politischen Biographie Lukaschenkas, schreibt: »Zahlreiche soziologische Forschungen haben bestätigt, dass die wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Ansichten von etwa der Hälfte der Belarussen dem Kurs des Präsidenten entsprechen. Seine Absage an demokratische Reformen geht auf nichts anderes als die Gesinnung eines Großteils seiner Wähler zurück.«

Und ist es nicht in einem höheren Sinne demokratisch, wenn die Politik des obersten Staatsmanns Ansichten und Wünsche der Menschen exakt abbildet? Letztlich ist es aber doch unwahrscheinlich, dass die Menschen die Demokratie als Ganzes ablehnen. Was sie ablehnen, scheint die liberale Demokratie westlichen Zuschnitts zu sein, die den meisten Belarussen fremd ist. Gleichzeitig gibt es aber auch die belarussischen Intellektuellen, die die gewissermaßen wortwörtliche Umsetzung der Einstellungen und Vorstellungen eines ziemlich großen Teils der Bevölkerung scharf verurteilen. Karbalewitsch, einer dieser Intellektuellen, hat den Eindruck, Lukaschenka hätte seine Politik auf das Niveau des einfachen Mannes heruntergeschraubt und würde entsprechend andere Meinungen hassen, auf Political

Correctness pfeifen und an übelste Vorurteile wie Antisemitismus und Homophobie appellieren. Das ist zwar bis zu einem gewissen Grad richtig, nicht weniger richtig ist allerdings, dass Lukaschenka kein klassischer Despot ist und alle vier Führungskriterien erfüllt, die Margaret Hermann in einer wichtigen Publikation entwirft: das Vorgeben von Zielen und Richtungen, Geschäftssinn, das Auftreten als Vertreter einer bestimmten Gruppe (Belarussen mit ländlichen Wurzeln) und das Auftreten als Krisenmanager. Eine detailliertere Analyse von Lukaschenkas Erfolg als nationale Führungsfigur enthält mein Buch von 2014.

Lukaschenkas Stellung in Belarus hat sehr von dem noch immer andauernden Konflikt in der Ukraine profitiert. Insbesondere die vielgepriesene belarussische Stabilität hat sich angesichts des Konflikts vom bloßen Propagandaklischee der Minsker Regierung in eine spürbare Realität verwandelt, die den meisten Belarussen sehr viel wert ist.

Erfolge

Um die Bedeutung von Lukaschenkas fünfter Amtszeit als Präsident für Belarus einzuschätzen, sollte man vor allem erkennen, dass Belarus nie so erstarrt war, wie einige unglückselige (und manchmal komplett dumpfe und schwachsinnige) Journalisten uns glauben machen wollen. Schau doch mal hin! Seit 2010 hat Belarus mehr Schengen-Visa als jedes andere Land der Welt erhalten! Schau den wachsenden Hightech-Sektor an, der einzigartig in Osteuropa ist. Schau die Qualität der Straßen, auch der Landstraßen, an. Schau dir Minsk an, eine moderne und gut funktionierende europäische Metro-

pole. Belarus hat sich entwickelt. Schau auf das niedrige Korruptionsniveau – und gib nichts auf die lächerliche und hochgradig politisch motivierte Platzierung von Transparency International. In Bezug auf Korruption befindet sich Belarus auf einem anderen Planeten als Russland und die Ukraine. Besuch einfach mal das Land, sprich mit den Leuten (und nicht nur mit ein paar Dutzend unzufriedenen Intellektuellen, die dir immer das erzählen werden, was du hören willst), und schau dich um. Natürlich wirst du das »erneuerte« Belarus finden. Belarus hat nie aufgehört, sich zu erneuern.

Ausblick

In der näheren Zukunft hängt viel vom Verhalten Russlands ab. Die Lage könnte sich verschlechtern, sollte der Bau des russischen Luftwaffenstützpunkts genehmigt werden oder der Konflikt in der Ukraine sich verschärfen. Es gibt zu viele »Wenns«. Die momentane Entwicklung ist aber nicht schlecht, vor allem angesichts der (wahrscheinlichen) Wiederaufnahme des IWF-Programms. Es würde die finanzielle Abhängigkeit von Russland etwas relativieren. Nebenbei gesagt verlangt dieses Programm einige wirtschaftliche Reformen, und ein Teil der politischen Elite scheint dazu bereit. Außerdem wächst der Hightech-Sektor sehr dynamisch, und der Export von Dienstleistungen (in den Westen) expandiert. Weiterhin wird es helfen, wenn Belarus eine Diversifizierung seiner Exporte gelingt (und hier gibt es schon einige kleine Erfolgsgeschichten).

Wunder sollten aber natürlich keine erwartet werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Grigory Ioffe ist Professor für Geographie an der Radford University, Virginia, USA. Er promovierte an der Moskauer Staatlichen Universität und arbeitete bis zu seiner Emigration 1990 am Institut für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften. Zu Belarus hat er drei Bücher verfasst: *Reassessing Lukashenka: Belarus in Cultural and Geopolitical Context* (Basingstoke: Palgrave Macmillan 2014); *Russia and the Near Abroad* (Dubuque, IA: McGraw-Hill Publishers 2010); *Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark* (Lanham, MD: Rowman and Littlefield 2008).

Quellen

- Margaret G. Hermann, "Ingredients of leadership," Margaret Hermann (Hg.), *Political Psychology*, San Francisco: Jossey-Bass Publishers 1986, S. 168.
- Grigory Ioffe, *Reassessing Lukashenka: Belarus in Cultural and Geopolitical Context*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2014.
- Waleri Karbalewitsch, *Alexander Lukaschenka: Ein politisches Porträt, Moskau: Partizan 2010*, S. 221.

Das Ende der politischen Isolation von Belarus: Mission (im)possible?

Von Alla Leukavets, Bremen

Einleitung

Belarus wird im Westen oft als die letzte Diktatur in Europa bezeichnet, in der es keine relevante politische Opposition gibt und in der Wahlen nicht als Gelegenheit für einen Führungswechsel, sondern eher als eine Art altes sowjetisches Ritual betrachtet werden.

In den letzten 21 Jahren ist das Schema der vergangenen Wahlen deutlich geworden: Erst beschneidet die Regierung die Oppositionsrechte grundlegend und verzerrt so den Wettbewerb, dann übernimmt sie die Kontrolle über die Auszählung der Stimmen und schließlich verkündet sie den Sieg Alexander Lukaschenkas, der bereits vorher festgestanden hat. Der Sieg des amtierenden Präsidenten bei den Wahlen im Oktober 2015 ist zwar keine Überraschung, der geopolitische Kontext der Wahlen hat sich jedoch sehr verändert.

Ukraine-Konflikt

An erster Stelle ist zu sagen, dass der Konflikt in der Ukraine dazu beigetragen hat, das internationale Image von Belarus zu verbessern. Das Land stellt sich als »Friedensbringer« und Vermittler zwischen dem Westen, Russland und der Ukraine dar. Minsk ist als Gastgeber der Waffenstillstandsverhandlungen ins internationale Rampenlicht getreten und der Westen hat seine Gelegenheit, mit Belarus zu kooperieren, erkannt und die Rolle des Präsidenten als Mediator in dem Konflikt sehr gelobt. Eine Delegation des Europäischen Parlaments für Beziehungen zu Belarus äußerte ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit dem Land wieder aufzunehmen, Belarus nahm am Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Riga teil, und der Europäische Rat hat die EU-Einreiseverbote und die Einfrierung von Vermögen bereits für einige belarussische Offizielle und Unternehmen gelockert. Momentan diskutiert die EU die Möglichkeit, alle Sanktionen gegen das belarussische Regime komplett aufzuheben, die Beantragung von Visa zu erleichtern und den belarussischen Beitrittsantrag zur WTO zu unterstützen. Diese Schritte deuten darauf hin, dass von einem vorsichtigen Neuanfang der Beziehungen zwischen der EU und Belarus gesprochen werden kann.

Zudem hat der Konflikt in der Ukraine die Bedrohungswahrnehmung der belarussischen Behörden verändert. Während der Präsidentschaftswahlen von 2010 sah das regierende Regime die politische Opposition als Hauptfeind an und schlug Proteste brutal nieder. Angesichts der jüngsten Ereignisse in der Ukraine scheinen die belarussischen Behörden allerdings Russland für die

größere Bedrohung zu halten. Lukaschenka benutzt den Konflikt in der Ukraine gegenüber seiner Wählerschaft häufig als Negativbeispiel, um zu zeigen, dass jeglicher Aufstand gegen die Wahlergebnisse zu einem ähnlichen Krieg wie in der Ukraine führen könne.

Noch ein weiterer wichtiger und neuer Aspekt kann an Lukaschenkas Verhalten beobachtet werden. Am belarussischen Unabhängigkeitstag im Juli wandte er sich auf Belarussisch an die Nation, was er bis dahin erst einmal getan hatte, im Jahr 1994. Er erklärte, Belarus sei ein unabhängiger Staat und nicht Teil der »russischen Welt«. Diese Bestrebungen, eine Art Nationalidentität zu stärken und hochzuhalten, könnten darauf hinweisen, dass die belarussische Führung die Möglichkeit erwägt, sich aus dem russischen Einfluss zu lösen und wieder gute Beziehungen mit dem Westen aufzubauen.

Wirtschaftskrise

Ein wichtiger Aspekt des Wahlkampfes von 2015 waren auch die wirtschaftliche Rezession und der dringende Unterstützungsbedarf der Wirtschaft, um eine weitere Währungsabwertung und ein weiteres Sinken der Löhne zu stoppen. Bisher konnten die belarussischen Behörden den »Großen Bruder« Russland um finanzielle Unterstützung bitten, und die russische Führung hat Belarus jederzeit ausgeholfen. Auf diesem Weg hat Russland das autoritäre Regime im Land gestärkt und die Möglichkeit zu ernsthafter Kooperation mit dem Westen verhindert.

Leider hat die belarussische Regierung aufgrund der permanenten Unterstützung durch Kredite und den Bezug von Energie zu günstigen Preisen nie daran gedacht, konstruktive Reformen durchzuführen und die Wirtschaft zu liberalisieren. Jetzt ist Russlands wirtschaftliche Unterstützung für das »nahe Ausland« rapide zurückgegangen, und der allgemeine Rückgang der russischen Wirtschaft hat zu ähnlichen wirtschaftlichen Problemen in Belarus geführt. Belarus hat von Russland 760 Millionen US-Dollar erhalten, obwohl es um drei Milliarden US-Dollar gebeten hatte. Bedenkt man, dass Belarus 2015 mehr als vier Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden zurückzahlen muss, dann ist die Frage nach dem Erhalt von Geldern aus dem Westen ausgesprochen relevant. Zudem haben fallende Ölpreise den russischen Energiebonus für Belarus deutlich geschmälert. Ohne Ressourcen und eine effektive Wirtschaft wird es für Lukaschenka schwierig werden, den aktuellen Lebensstandard zu halten und seine Wähler zufriedenzustellen.

Ausblick

Unter diesen Bedingungen muss die belarussische Regierung ein Bild der politischen Liberalisierung abgeben, um die nötige Finanzierung aus dem Westen zu erhalten. Die Freilassung oppositioneller Aktivisten am 22. August ist ein Schritt in diese Richtung. Lukaschenka hofft, sich darüber finanzielle Unterstützung zu sichern und im Westen an Legitimität zu gewinnen.

Selbstverständlich bleibt Russland der wichtigste Handelspartner von Belarus und hat einen sehr großen wirtschaftlichen Einfluss auf das Land. Die belarussi-

sche Regierung kann es sich daher in nächster Zukunft nicht erlauben, sich komplett aus dem russischen Einflussbereich zu lösen. Die momentane geopolitische Lage verschafft Belarus allerdings gewisse Handlungsspielräume gegenüber Russland. Der Westen sollte dieses günstige Zeitfenster nutzen und eine proaktive und langfristige Strategie entwickeln, die auf allen Ebenen Verbindungen zu Belarus herstellt und dessen Eigenstaatlichkeit und nationale Identität stärkt.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin

Alla Leukavets ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa (Universität Bremen) im Rahmen eines von der EU geförderten Graduiertennetzwerks (ITN Post-Soviet Tensions, FP7, GA 316825). Ihr Forschungsschwerpunkt ist die vergleichende Analyse der Integrationspolitik in der Ukraine und Belarus gegenüber der EU und Russland. Sie hat einen Master in Human Rights von der Universität Manchester und einen Master in EU International Relations and Diplomacy Studies vom College of Europe.

Warum Lukaschenka an der Macht bleibt und die Konsequenzen für Belarus

Von David Marples, Edmonton (Kanada) und Uladsimir Padhol, Minsk

Einleitung

Die Präsidentschaftswahlen von 2015 in Belarus hielten wenige Überraschungen bereit. Alexander Lukaschenka erhielt über 83 Prozent der Stimmen, und seine Gegner verfehlten den zweistelligen Bereich deutlich. Der einzigen Oppositionskandidatin, Tatjana Korotkewitsch, fehlte die allgemeine Akzeptanz der Opposition, von deren Mitgliedern sich viele entschieden hatten, die Wahlen als »Farce« zu boykottieren.

Gründe für Lukaschenkas Erfolg

Die Frage, warum sich Lukaschenka 21 Jahre im Amt gehalten hat, hat viele Diskussionen unter Analysten ausgelöst, dabei sind die Antworten leicht zu finden. Erstens hat Lukaschenka bei jeder Wahl Unterstützung und Anerkennung durch die Russische Föderation erhalten, sowohl unter Boris Jelzin als auch unter Wladimir Putin. Diese Unterstützung ist auch finanzieller Art: Russland fördert seinen Nachbarn jährlich mit rund zehn Milliarden US-Dollar, den Verkauf von Öl und Gas weit unter Weltmarktpreisen eingerechnet.

Zweitens setzt der Präsident seinen administrativen Apparat für den Wahlkampf und zur Fälschung der Wahlergebnisse ein. Im Lauf der frühen Unterschriftensammlung erreichte er die »Unterstützung« fast eines Drittels der gesamten Wählerschaft, und die

Wahlkommissionen besetzte er mit seinen Unterstützern. In vier Wahlen hatte der Apparat das Ritual bereits perfektioniert.

Drittens setzt die Regierung die Geheimdienste zur Ausschaltung der Opposition ein. Die Effektivität dieser Methode bei den letzten Wahlen hat sichergestellt, dass der Begriff Opposition 2015 keine reale Bedeutung mehr hatte. Nach der Beseitigung einflussreicher Figuren durch Kidnappen und Mord vor den Wahlen von 2001 – etwa Wiktor Hanchar, ehemaliger Stellvertretender Parlamentsvorsitzender, und Juri Sacharenka, Innenminister – kamen bei den nächsten Wahlen weniger drastische Methoden zum Einsatz. 2006 räumte das Militär nach mehrtägigen Protesten den Oktoberplatz. Und 2010 gingen die Behörden gewaltsam sowie mit Festnahmen gegen konkurrierende Kandidaten vor und inhaftierten dabei während der Massendemonstration auf dem Unabhängigkeitsplatz mehr als 700 Protestierende. 2015 war sich die Opposition zugebenermaßen sehr uneinig, die Behörden hatten sie als relevanten Faktor allerdings auch schon im Vorfeld zer schlagen. So konnte der Präsident sich einen toleranteren Anstrich erlauben, indem er politische Gefangene freiließ und etwas Wahlkampf genehmigte.

Und viertens wurden die Massenmedien immer streng kontrolliert. Lukaschenka selbst verweigerte den

Wahlkampf oder eine Debatte mit seinen Herausforderern, wobei letzteres die grundlegendste Bedingung einer demokratischen Wahl ist, da der Präsident andernfalls nicht für seine Politik und seine Aktionen verantwortlich gemacht werden kann. Der Präsident hat in zwei Jahrzehnten aber tatsächlich keine einzige Debatte mit einem Herausforderer geführt.

Die Dominanz über die Medien hat zu dem psychologischen Porträt Lukaschenkas als »Vater« seines Landes und einzigem Garanten für Stabilität geführt. Umgekehrt gelten die, die gegen ihn zu opponieren wagen, als »bezahlte Handlanger des Westens«, »fünfte Kolonne« oder als Versager, die mit ihrer unüberlegten Politik und ihrer Unterwürfigkeit gegenüber äußeren Mächten eine Gefahr für den Staat darstellen. So haben sich die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme von Belarus – eine abstürzende Wirtschaft, ein Absinken der Löhne auf ein niedrigeres Niveau als 2010 und massive Schulden – noch nicht nachteilig für den Präsidenten ausgewirkt. Er schreibt sie externen Einflüssen zu, die sich seiner Kontrolle entziehen, und besteht darauf, dass nur er in der Lage sei, den Problemen zu begegnen.

Der vielleicht entscheidendste Faktor für die Wahl von 2015 war der Konflikt in der Ukraine. Der einfache Allgemeinplatz »Belarus ist nicht die Ukraine« reichte aus, um die Wähler zu überzeugen, dass eine starke autoritäre Figur an der Spitze, die in der Lage ist, angemessen auf Moskau reagieren und zu Hause Frieden und Stabilität zu sichern, jeder Alternative vorzuziehen ist. Zudem hat die Übernahme der Rolle des Friedensstifters, durch dessen Vermittlung der Konflikt in der Ostukraine beendet wurde, das Ansehen von Lukaschenka enorm verbessert. Die meisten Belarussen verfolgten die Ereignisse in der Ukraine genau.

Ausblick

Wegen der bedrohlichen wirtschaftlichen Lage des Landes und der gestiegenen Abhängigkeit von Russland sind die Folgen von Lukaschenkas Rückkehr für eine

fünfte Amtszeit wahrscheinlich maßgeblicher als bei den vorangegangenen Wahlen. In den 1990ern war es eine von Lukaschenkas ersten politischen Handlungen, näher an Russland heranzurücken, und der Einheitsstaat Russland-Belarus begann, offiziell an Bedeutung zu gewinnen. Er stellt eine ernsthafte Bedrohung für die politische und in jüngster Zeit auch für die militärische Souveränität von Belarus dar. Sowohl Putin als auch der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew bemerkten kürzlich, dass zum Schutz des Einheitsstaats Russland-Belarus zum Beispiel die Schaffung eines neuen russischen Luftwaffenstützpunkts in Belarus nötig sei.

Belarus ist außerdem Mitglied von zwei Organisationen, die es enger an Russland binden, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Bestimmungen des OVKS verpflichten Belarus, den anderen Mitgliedern bei Bedrohungen des Staats zu Hilfe zu kommen. Theoretisch können belarussische Truppen also nach Tadschikistan entsendet werden, und umgekehrt könnten OVKS-Mitglieder wie Russland, Kasachstan oder Tadschikistan auch der belarussischen Regierung helfen, entsprechende Umstände zu bewältigen. Praktisch ist die nächstliegende Gefahr in diesem Zusammenhang jedoch eine russische Intervention unter dem Vorwand von Sicherheitsbelangen.

Unserer Ansicht nach hat es in den letzten Jahren nur wenig grundlegenden Wandel in Belarus gegeben – weder durch wirtschaftliche noch durch strukturelle Reformen. Die Europäer mögen Lukaschenka in seinem milderen Auftreten als potentiell Bollwerk gegen russische Aggression ansehen. Leider unterschätzen und missverstehen sie dabei die grundlegende Natur seiner Persönlichkeit. Der Präsident schafft es, an der Macht zu bleiben und seine Feinde zu überlisten, die allzu leicht zu glauben gewillt sind, er könnte sich ändern oder sich an die Prinzipien halten, nach denen der westliche Teil des Kontinents zu regieren behauptet.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autoren

David Marples ist Distinguished Professor an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Universität von Alberta, Kanada. Seine Forschungsschwerpunkte sind Geschichte und Politik in Belarus und der Ukraine im 20. Jahrhundert. Kürzlich veröffentlichte er »Our Glorious Past« Lukashenka's Belarus and the Great Patriotic War (ibidem Verlag, Stuttgart, 2014).

Uladzimir Padhol ist belarussischer Politikwissenschaftler und Journalist sowie Herausgeber und Autor von Narodnyi televisor. Tsitaty i baiki A. G. Lukashenko [Volksfernsehen: Zitate und Geschichten von A. G. Lukaschenka], das mittlerweile in der 30. Auflage erschienen ist. Er lebt in Minsk.

Wie es Lukaschenka gelingt, an der Macht zu bleiben, und was das für die Zukunft von Belarus bedeutet

Von Arkady Moshes, Helsinki

Einleitung

Wäre die Dauer des Machterhalts das einzige Erfolgskriterium eines Staatsmanns, Lukaschenka würde zu den Topperformern im heutigen Europa zählen.

Erfolgsgründe

Die Hauptursachen seiner politischen Langlebigkeit finden sich in Belarus. Als charismatische Erscheinung, die das Leben der unteren sozialen Schichten kennt, war er lange in der Lage, die anti-elitären und anti-oligarchischen Gefühle der Bevölkerung sowie ihr Bedürfnis nach Gleichheit und einem moderaten, aber garantierten Standard an Lebensqualität und sozialer Absicherung überzeugend anzusprechen. Nicht zufällig ist er in freien und fairen Wahlen an die Macht gekommen. Als Nichtmitglied der post-sowjetischen Nomenklatura hatte er kaum eine Chance, in ihren Reihen Karriere zu machen, so dass er sie dafür zerschlagen musste. Und das tat er.

Sein politischer Instinkt muss Lukaschenka aber gesagt haben, dass Charisma und populistische Parolen allein seinen Machterhalt nicht absichern würden. Deshalb waren für eine Konsolidierung des Griffs nach der Macht die Schaffung einer personalisierten Machtvertikale und ein verlässlicher Mechanismus von selektiven Repressionen notwendig. Ohne ein System, das potentielle Proteste des Volkes ausschließen und jeglichen Dissens in den eigenen Reihen verhindern könnte – oder anders ausgedrückt im Fall ernsthafter politischer Liberalisierung –, würde das Regime nicht mehr funktionieren, wie es mit der UdSSR der späten 1980er Jahre geschehen ist.

Eine weitere entscheidende Säule von Lukaschenkos Macht ist sein Talent als geopolitischer Drahtzieher. Fast zwei Jahrzehnte lang konnte er von der russischen postimperialen Nostalgie profitieren, indem er die Rolle von Moskaus engstem Verbündeten einnahm und Freundschafts- und Loyalitätsbekundungen gegen massive wirtschaftliche Unterstützung eintauschte. Hierbei ist jedoch eine Nuance bedeutsam. Lukaschenka nahm gegenüber Russland auch die Rolle des Garanten der belarussischen Souveränität und des belarussischen Wirtschaftsinteresses ein. Offene diplomatische Konflikte mit dem Kreml schreckten ihn nicht. Lukaschenka verstand es auch hier, aus nahezu jedem Skandal mit neuen Verbündeten hervorzugehen, indem er sich instinktiv der Tatsachen sehr bewusst war, dass a) der Kreml es sich nicht leisten kann, Belarus zu ver-

lieren, weil dann jegliche Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum ihren Sinn verlieren würden, und dass b) Moskau ihn in Belarus, wo er alles kontrollierte, nicht leicht würde ersetzen können.

Auch Europa war Gegenstand von Manipulation. Indem Minsk die wirtschaftlichen Interessen zahlreicher EU-Unternehmen und einzelner Mitgliedsländer – nicht immer transparent – gegeneinander ausgespielt hat, ist es ihm viele Male gelungen, gegenüber der normenbasierten Agenda der EU »pragmatischeren« Erwägungen Raum zu verschaffen. Nach dem russisch-georgischen Konflikt von 2008 und erneut inmitten der Ukraine-Krise von 2014 nutzte Belarus günstige Zeitfenster und wandte sich an die EU, um im Gegenzug für kosmetische Veränderungen im Land eine politische Normalisierung der Beziehungen und eine Legitimierung des Regimes zu erreichen.

Folgen

Das Problem ist, dass Belarus als Staat wie als Nation für all diese »Fortschritte« einen Preis gezahlt hat und auch weiterhin zahlt. Seine nichtreformierte Wirtschaft ist von russischer Unterstützung abhängig, die 15 bis 20 Prozent des BIP ausmacht. Kein ausländischer Akteur wird willens oder in der Lage sein, Moskau in dieser Funktion zu ersetzen, und wenn Moskaus Finanzhilfen in den kommenden Jahren abnehmen, wird das sehr schmerzhaft für die Belarussen werden.

Der wichtigste Punkt ist aber, dass Minsk nicht mehr der unabhängige Akteur ist, der es einmal war. Unbemerkt vom Westen wurde die Moskauer Protektion nach den Präsidentschaftswahlen von 2010 und der ihr folgenden brutalen Repressionswelle für das Lukaschenka-Regime zu wichtig und es verlor damit seine Manövrierfreiheit. Seiner offen geäußerten Unzufriedenheit mit den Parametern (und später auch dem Funktionieren) der Eurasischen Wirtschaftsunion zum Trotz wurde Belarus ihr Gründungsmitglied und trat seine Außenhandelsouveränität ab.

Einer Verfassungsbestimmung, dass Belarus neutral bleiben soll, zum Trotz plant Russland für die nahe Zukunft offen die Etablierung eines neuen Luftwaffenstützpunkts im Land. Schon die Diskussion der Möglichkeit, dass Russland belarussisches Gebiet für eventuelle Militäraktionen gegen die Ukraine nutzen könnte, macht deutlich, dass die öffentliche Meinung die belarussische Unabhängigkeit im Großen und Ganzen nicht als garantiert ansieht – egal wie unwillkommen diese Diskussion der belarussischen Füh-

rung ist. 2008 schloss sich Minsk der russischen Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens nicht an; heute kann es sich eine rechtsgültige Verurteilung der russischen Annexion der Krim nicht leisten.

Der Unwillen des Regimes in den vergangenen Jahren, die belarussische Sprache und Kultur zu fördern, geht nun nach hinten los, indem die Mehrheit der Bevölkerung immer noch die russischen Medien als Informationsquelle nutzt und daher dazu tendiert, dem von Moskau verbreiteten Diskurs über die Ereignisse in der Ukraine zu folgen. Und diese Liste kann fortgeführt werden.

Über den Autor

Dr. Arkady Moshes ist Programmdirektor des EU's Eastern Neighbourhood and Russia Research-Programms am Finnish Institute of International Affairs in Helsinki. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die russisch-europäischen Beziehungen, Russlands Politik gegenüber den westlichen GUS-Staaten sowie die Innen- und Außenpolitik der Ukraine und Belarus'. Er ist Mitherausgeber des Buches *Russia as a Network State: What Works in Russia When State Institutions Do Not* (Palgrave Macmillan, 2011), Coautor der Schrift *Not Another Transnistria: How sustainable is separatism in Eastern Ukraine?* (FIIA, 2014) und unter anderem in *Economization versus Power Ambitions. Rethinking Russia's policy towards post-Soviet states* (Nomos, 2013) und den *International Affairs* (2012) mit Artikeln vertreten.

Wie man an der Macht bleibt: Lukaschenkas Rezept

Von Andrej Porotnikov, Minsk

Einleitung

Das derzeitige politische System in Belarus hat in seiner historischen Entwicklung bereits die Stadien der Gründung und des Höhepunkts der Macht hinter sich und befindet sich jetzt auf dem Weg zum Niedergang. In der Zeit des politischen und wirtschaftlichen Chaos der 1990er Jahre gelang es dem Regime Lukaschenkas einen funktionierenden Staat zu schaffen.

Allerdings hat das Regime bis heute nicht die Fähigkeit gezeigt, auf die grundlegenden externen und noch wichtiger internen Veränderungen der Funktionsbedingungen zu reagieren, die sich 2007 zeigten. Die belarussische Gesellschaft kann nicht mehr als sozialistisch bezeichnet werden. Sie hat sich in eine Gesellschaft von Kleineigentümern mit Verbrauchern des europäischen Typs verwandelt. Die politische Führung des Landes jedoch wendet in Belarus nach wie vor neo-sozialistische Regierungsmethoden an. Diese basieren auf Entwicklung durch [staatliche] Mobilisierung und auf der umfassenden Kontrolle der Beamten. Beide Methoden funktionieren aber schon nicht mehr. Außerdem hat seit 2011 eine Reihe schwerer Wirtschaftskrisen zum faktischen Ende des seit 1996 existierenden »Sozialvertrags« geführt, bei dem die Regierung die Loyalität ihrer Bürger mit schnellem (oft unverdientem) Wohlstandswachstum kaufte.

Ausblick

Im Licht des wachsenden russischen Einflusses im Land und vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine stellt sich die grundlegende Frage, ob sich Alexander Lukaschenka mit all seiner Erfahrung, seinen Wahlsiegen und dem System der personalisierten Regierungsführung persönlich sicher und zuversichtlich fühlt, wenn er seine nächste Amtsperiode antritt. Es ist gut möglich, dass die Antwort nicht sehr beruhigend ausfällt.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Säulen der Machtsicherung

Lukaschenkas Regime ist bereits hoffnungslos veraltet. Das Ergebnis ist eine tiefe Systemkrise. Das Regime hat viele Nachteile, es hat aber auch seine starken Seiten, die ihm helfen an der Macht zu bleiben. Lukaschenkas Macht wird durch folgende Säulen gestützt:

- ein Teil der Sicherheitsdienste (aber nicht alle!);
- Strenge Kontrolle über die Staatsverwaltung;
- Strenge Kontrolle über die Massenmedien in Belarus;
- wirtschaftliche Dominanz innerhalb des Landes.

Ziel ist es, die Entstehung eines alternativen Machtzentrums zu verhindern, egal wo: in der Staatsverwaltung, in der politischen Opposition oder in der Wirtschaft. Alle wichtigen Entscheidungen werden entweder von Lukaschenka persönlich oder mit seiner Zustimmung getroffen. Es ist klar, dass all das Gerede über Clans eher eine Erfindung von Journalisten ist als die Beschreibung tatsächlich vorhandener strukturierter Bündnisse. In Belarus ist ein »Clan« eine Gruppe, die einem oder mehreren einflussreichen Beamten nahe steht. Ein solcher Clan existiert genau so lange, wie sein Gründer Einfluss behält. Ausmaß und Umfang des Einflusses eines solchen Clans bestimmt allein Alexander Lukaschenka selber. Deshalb besteht die Gefahr, dass ein Kontrollverlust des Präsidenten über Teile des Staatsapparates das ganze Land ins Chaos stürzen kann.

Sicherheitsdienste

Die Besonderheit unseres Regimes besteht darin, dass es sich nicht auf die Sicherheitsdienste als solche stützt, sondern nur auf den Teil von ihnen, der sich mit der inneren Sicherheit des Staates beschäftigt. Dabei geht es nicht nur um den politischen Schutz oder um die Unterdrückung der Opposition, sondern vor allem um die Kontrolle über die Leiter der staatlichen und großen privaten Unternehmen, um die Kontrolle über die Beamten. Genau das erklärt den im Vergleich zu anderen GUS-Staaten sehr umfangreichen Kampf mit Wirtschaftskriminalität und Korruption.

Staatsverwaltung

Besonders intensiv werden die Beamten in den höchsten Führungsebenen überwacht. Ein Weg, um Gehorsam zu gewährleisten, ist die Beschaffung von kompromittierenden Informationen gegen hochrangige Beamte. Nicht alle Fälle von Korruption und Machtmissbrauch landen vor Gericht. Die kompromittierenden Informationen (und zwar vollständig echte und berechtigte) werden zur Schlinge um den Hals der hochrangigen Beamten. Dies verhindert sehr wirkungsvoll eine mögliche Verschwörung innerhalb des Staatsapparates.

Medien

Die belarussischen Behörden überwachen streng die Massenmedien des Landes. Die noch vorhandenen nicht-staatlichen politischen Publikationen sind Relikte aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Ich kann mich nicht an einen einzigen Fall der Registrierung einer oppositionellen Printpublikation in den letzten 15 Jahren erinnern. Die privaten elektronischen Medien werden ausschließlich mit Unterhaltungsinhalten gefüllt, da Politiker aus Angst nicht mal einen Hauch von Kritik an den Behörden zulassen. Teilweise wird die Situation durch Online-Medien verbessert. Allerdings bleibt ihre Zielgruppe aufgrund der Depolitisierung der belarussischen Gesellschaft relativ klein. Die staatlichen Medien arbeiten daran die Politik zu entpersonifizieren und die politische Apathie der Gesellschaft zu fördern. Die politische Führung weiß, was für ihre Bürger am besten ist, die Bürger sollten sich über Politik keine Gedanken machen – das ist die wichtigste Botschaft. Über die Opposition wird in den staatlichen Medien meist ohne Erwähnung konkreter Oppositionspolitiker berichtet, wobei verallgemeinert wird und Vorurteile, etwa von der fünften Kolonne oder von Radikalen, benutzt werden.

Schon seit Beginn seiner Regierungszeit versucht Alexander Lukaschenka eine Staatsideologie zu formu-

lieren, die die gesamte Gesellschaft einbezieht. Aber dieser Versuch ist gescheitert, was die Ideenarmut des belarussischen Regimes belegt.

Wirtschaft

Das derzeitige staatliche Verwaltungssystem von Belarus sieht Unternehmen nicht nur als Quelle von Gewinnen, sondern als Instrument der Kontrolle über die Bevölkerung. Die vorliegenden Schätzungen des Staatsanteils an der belarussischen Wirtschaft sind zweifelhaft. Die Gründe dafür sind folgende: Erstens gehören gemäß der gesetzlichen Vorgaben Aktiengesellschaften zu den privaten Unternehmen, auch dann, wenn sie sich zu 100 % im Besitz des Staates befinden. Die überwiegende Mehrheit der größten Industrieunternehmen in Belarus sind solche Aktiengesellschaften. Zweitens sind viele große Unternehmen, die sich in Privatbesitz befinden, eng mit dem Staat verbunden, manchmal zu eng und intransparent.

Im Ergebnis wird die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer direkt oder indirekt durch den Staat beschäftigt und hängt damit von ihm ab. Entlassungen wegen fehlender politischer Loyalität gehören zur belarussischen Realität. In der Provinz ist der Staat oft der einzige Arbeitgeber. Arbeitsverlust führt zum Abstieg der Familie in die Armut. Aber das ist nicht alles. Der Staat verfügt über zahlreiche Druckmittel auf private Unternehmen. So braucht der Staat, um die Entlassung eines unbequemen Bürgers zu erreichen, auch bei einem privaten Unternehmen nur einen Telefonat.

Ausblick

Dass Lukaschenka an der Macht bleibt ist auch dem Umstand zu verdanken, dass seit 1996 niemand ernsthaft versucht hat, ihn zu stürzen. Zusätzlich leisteten die besonderen Beziehungen mit Russland einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität des Regimes. Sie garantieren großzügige und umfangreiche finanzielle und politische Unterstützung. All dies wurde durch die sowohl international als auch in Russland freundliche Wirtschaftslage begünstigt, die sich auf Belarus übertrug.

Jetzt aber wird die belarussische Regierung mit Herausforderungen in Wirtschaft und Außenpolitik konfrontiert. Es ist nicht klar, ob Russland derzeit eher Schutz oder Bedrohung ist. Ob diese Herausforderungen eskalieren und zu politischen Problemen für das Regime werden, werden die nächsten Jahre zeigen.

Übersetzung aus dem Russischen von Lina Pleines

Über den Autor:

Andrej Porotnikov ist Leiter des Projektes »Belarus Security Blog«, <<http://www.bsblog.info/>>.

Ein neues Kapitel in der Geschichte von Belarus?

Von Yauheni Preiherman, Minsk und Warwick

Einleitung

Alexander Lukaschenka ist zum fünften Mal als triumphierender Gewinner aus den Präsidentschaftswahlen in Belarus hervorgegangen. Wegen der brisanten innen- und außenpolitischen Lage fand die ansonsten routinemäßig verlaufende Wahl dieses Mal unter speziellen Vorzeichen statt. Wachsende sozioökonomische und geopolitische Herausforderungen zwingen den wiedergewählten Präsidenten und das ganze Land, sich in unbekannte Gewässer zu bewegen, was neue Ansätze in der Innen- und Außenpolitik erforderlich macht. Einen Tag nach der Verkündung der offiziellen Wahlergebnisse sagte Lukaschenka symbolträchtig: »Es beginnt nun eine neue Phase in meinem Leben und wahrscheinlich auch im Leben unserer ganzen Gesellschaft.«

Wahlergebnis auf der sicheren Seite

Laut den offiziellen Wahlergebnissen hat der Amtsinhaber mit fast 83,5 Prozent der Stimmen gewonnen, während der Kandidat, der ihm am nächsten kam, nur 4,4 Prozent erhielt. Es war vielfach erwartet worden, dass das belarussische Regime dieses Mal versuchen würde, weniger schockierende Zahlen zu produzieren, vor allem nachdem IISEPS, das einzige international renommierte in Belarus tätige Umfrageinstitut prognostiziert hatte, dass Lukaschenka in der ersten Runde zwischen 55 und 65 Prozent erhalten würde.

Aber wie wir nun sehen, gab es hier keine Überraschungen. Die Zentrale Wahlkommission hat den besagten Wert bekanntgegeben, der in der gleichen Größenordnung liegt wie die Werte der letzten Präsidentschaftswahlen (etwa 80 Prozent 2010 und 83 Prozent 2006) und der das Sicherheitsbedürfnis des Regimes widerzuspiegeln scheint. Am Wahltag erklärte Lukaschenka die entsprechende Logik: »Es wäre schlecht, wenn mir weniger Menschen als bei den letzten Wahlen ihre Stimme geben würden. Das würde bedeuten, dass die Menschen anfangen, mich fallenzulassen, und dass einige unzufrieden mit meiner Politik sind.«

Beziehungen mit dem Westen

Die vorläufigen Berichte der internationalen Wahlbeobachtungsorganisationen (OSCE/ODIHR, PA OSCE und PACE) fielen größtenteils negativ aus, auch wenn auf gewisse kleinere Verbesserungen hingewiesen wurde. Vor allem gab es vor und nach der Schließung der Wahllokale keine Gewalt auf den Straßen von Minsk.

Schon am 12. Oktober hatten die EU-Außenminister sich geeinigt, die Sanktionen gegenüber Belarus

für vier Monate auszusetzen. Dieser Schritt ist Teil des umfassenderen Verhandlungsprozesses zwischen Minsk und Brüssel, der seit Ende 2012 in Gang ist. Dass Lukaschenka im August sechs politische Gefangene begnadigt hat und die Wahlen ohne Zwischenfälle verlaufen sind, ebnet den Weg zur Aufrechterhaltung der Fortschritte im Verhandlungsprozess mit der EU.

Ähnliche Schritte erwarten die belarussischen Behörden von Washington. Bislang hat das US-Außenministerium zwar den friedlichen Verlauf der Wahlen begrüßt, sich aber enttäuscht darüber geäußert, dass er »deutlich hinter den internationalen Verpflichtungen von Belarus zurückgeblieben ist«. Wie die EU werden jedoch auch die amerikanischen Diplomaten einen Weg finden müssen, um die Freilassung der politischen Gefangenen und die friedliche Wahl anzuerkennen. Größere Fortschritte verhindert allerdings der »Belarus Democracy and Sanctions Enforcement Act of 2015«. Mit ihm erhält das Parlament die Entscheidungsgewalt und es will seine Politik nicht lockern, solange in Belarus keine beträchtlichen Veränderungen stattfinden.

Unter diesen Umständen sind die belarussischen Beziehungen mit dem Westen (sofern keine unvorhersehbaren Entwicklungen eintreten) darauf ausgerichtet, sich weiterhin im Rahmen der Strategie der »kleinen Schritte von beiderseitigem Nutzen« zu entwickeln. Im Wesentlichen werden sie aus mehr politischen Kontakten und neuen Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Unternehmen, Infrastruktur und grenzüberschreitende Zusammenarbeit bestehen. Die infolge des aktuellen ENP-Reviews erwartete pragmatische Wende in der Ostpolitik der EU wird diesen Trend genauso weiter stärken wie Lukaschenkas vitales Interesse an weiterer Annäherung an den Westen. Währenddessen ist die Wahrscheinlichkeit eines Rollbacks angesichts des tief verwurzelten gegenseitigen Misstrauens und der unbeständigen geopolitischen Situation in Osteuropa weiterhin beständig hoch.

Beziehungen mit Russland

Entgegen einigen düsteren Prognosen hat Russland nicht versucht, sich in die belarussische Wahl einzumischen. Seine Beobachter und seine politische Führung haben die offiziellen Ergebnisse schnell anerkannt und Lukaschenka gratuliert. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass die belarussisch-russischen Beziehungen schwere Zeiten durchmachen. Russlands Wirtschaftskrise hat gravierende Auswirkungen auf die belarussische Wirtschaft, und das zunehmende geopolitische Machtge-

habe des Kremls stört den außenpolitischen Balanceakt von Minsk.

Mit Blick auf eine Diversifizierung seiner Außenwirtschaftsbeziehungen und um sich gegen das Risiko abzusichern, in Russlands Konfrontation mit dem Westen hineingezogen zu werden, haben die belarussischen Diplomaten begonnen, eine neue außenpolitische Strategie zu entwickeln – eine Art »aktiver Neutralität«. Ihre Grundidee ist es, in möglichst vielen Integrationsgruppen als aktives Mitglied aufzutreten und dabei in Regionalkonflikten auf einem neutralen Standpunkt zu verbleiben. Die Minsker Rolle bei der Lösung der Ukraine-Krise ist dafür das offenkundigste Beispiel.

In dieser Perspektive verstößt Russlands Idee der Schaffung eines Luftwaffenstützpunkts in Belarus eindeutig gegen belarussische Interessen. Lukaschenka hat bereits gesagt, dass das Land einen solchen Stützpunkt nicht braucht. Aber die Tatsache, dass der Kreml die Angelegenheit einige Wochen vor der Wahl publik gemacht hat, deutet darauf hin, dass er Druck ausüben wird. Und es bleibt abzuwarten, ob Minsk genügend Argumente und Kraft haben wird, um dem standzuhalten.

Unvermeidbare Reformen

Die wichtigste Frage nach der Wahl ist, ob die Regierung es wagen wird, sozioökonomische Reformen auf den Weg zu bringen.

Über den Autor

Yauheni Preiherman ist Direktor der Minsk Dialogue track-II diplomacy initiative und Policy Director des Discussion and Analytical Society Liberal Club in Minsk. Außerdem ist er Doktorand an der Universität von Warwick (Großbritannien), wo er zu den Beziehungen zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion forscht.

Reformen scheinen immer unumgänglicher, denn das gegenwärtige Wirtschaftsmodell wird kaum länger in der Lage sein, Lukaschenkas Sozialmodell zu tragen. Am Wahltag sagte Lukaschenka, er sei »zu Reformen und Transformationen bereit, auch zu revolutionären«. Die unbedingte Notwendigkeit einer externen Finanzierung, die entweder vom IWF oder aus dem Eurasischen Fonds für Stabilität und Entwicklung kommen kann, sollte diese Bereitschaft weiter stärken.

Mögliche Reformen berühren jedoch den zentralen Nerv des Systems – Lukaschenkas Popularität. Wenn durch Reformen weitere soziale Belastungen entstehen, werden die Parolen zu Sicherheit und Souveränität, auf die der Amtsinhaber im Wahlkampf gesetzt hat, aber nicht ausreichen, um seine hohe Popularität zu wahren. Die Reformer in der Regierung werden daher innerhalb sehr enger und sich ständig verlagernder Grenzen operieren müssen. Einige politische Maßnahmen können zwar leicht ergriffen werden (zum Beispiel eine striktere Geldpolitik oder die Beschneidung von Sozialleistungen), Maßnahmen, die zu einer deutlich wachsenden Arbeitslosigkeit führen, werden aber tabu bleiben.

In jedem Fall sieht es tatsächlich so aus, als ob für Belarus ein neues Kapitel beginnt. Das Land ist bereit, unbekanntes Terrain zu betreten, und so sollten Neuanfänge möglich sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Wählen im autokratischen Belarus: Wie die Bürger das Spiel der Wahl spielen

Von Maryia Rohava, Oslo

Einleitung

Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl in Belarus haben niemanden verblüfft. Einige politische Analysten und internationale Zeitungen erklärten Lukaschenka schon vor dem Wahltag und sogar schon vor Beginn der Vorwahlen zum Gewinner. Der einzige Punkt, der etwas Geduld erforderte, war die endgültige Prozentzahl der Stimmen für Lukaschenka. Die Zentrale Belarussische Wahlkommission verkündete dann 83,47 Prozent der Stimmen für Lukaschenka bei der überwältigenden Wahlbeteiligung von 87,21 Prozent.

Die Vorhersehbarkeit der Wahlergebnisse wurde allerdings von politischen Verschiebungen während des Präsidentschaftswahlkampfes begleitet sowie davon, dass die belarussische Führung sich auf neue geopolitische Bedingungen und die schlechter werdende wirtschaftliche Situation im Land einstellen musste. Der Wechsel des Wahlkampfeslos – »Unabhängigkeit und Frieden« statt »Stabilität und Wohlstand« –, die Freilassung politischer Gefangener und das Zulassen der Opposition im öffentlichen Raum waren Signale, die Spekulationen darüber zuließen, was die fünfte Präsidentschaft wohl bringen würde.

Die Rolle von Wahlen

Während wir über die Ausrichtung der erwarteten Reformen diskutieren, die in Belarus eingeführt werden müssen, sollten wir auch die sich wandelnde Rolle der belarussischen Bürger in diesem Szenario berücksichtigen. Und am wichtigsten ist es dabei abzuschätzen, inwiefern die Stabilisierung der autokratischen belarussischen Führung durch Wahlen das politische Verhalten der belarussischen Wähler beeinflusst.

Als erstes müssen wir akzeptieren, dass Wahlen in einem autoritären politischen System durchaus eine Rolle spielen. Vergleichende Studien zu autoritären Regimen zeigen, dass die Einführung scheinbar demokratischer Institutionen das Risiko potentieller politischer Bedrohungen aus dem Innern des Regimes oder durch politische Gegner verringert. Autokratische Führer haben es geschafft, politische Institutionen zugunsten eigener politischer Vorteile zu manipulieren und sie als zusätzliche Machtmittel zur Mobilisierung von politischen Eliten und Bürgern einzusetzen.

Wegen des etablierten autokratischen Herrschaftsystems ist Lukaschenkas Wahlerfolg in Belarus unausweichlich. Sein erster Wahlerfolg 1994 war sein wichtigstes politisches Kapital, durch das der Amtsinhaber es vermochte, das politische Spielfeld in Belarus zu transformieren. Seine Fähigkeit, in öffentlichen Abstimmungen hohe Ergebnisse zu erzielen – mit welchen Mitteln auch immer –, war der Schlüssel zu seiner autokratischen Herrschaft und dazu, die Eliten fest in den Griff zu bekommen. Würde Lukaschenka seine Vorherrschaft in den Wahlen verlieren, wäre das ein falsches Signal an seine Regierungskoalition. Gleichzeitig sind die Erwartungen an die etablierte »Präsidentschaftsvertikale«, tragfähige Ergebnisse zu präsentieren oder andernfalls die politischen Konsequenzen zu tragen, sehr hoch.

Optionen der Wähler

Welche Rolle spielt die belarussische Bevölkerung in diesem institutionellen Spiel? Die optimale Strategie für die belarussische Regierung ist es, Wähler an die Urnen zu bekommen, um eine extrem hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Daher mobilisiert sie die Bevölkerung in den Vorwahlen sehr aktiv, was sich an dem relativ hohen Anteil von offiziell 36 Prozent der Wähler zeigte, die ihre Stimme bereits vor dem Wahltag am 11. Oktober abgaben.

Die Bürger stehen dagegen vor der schwierigen Wahl zwischen drei möglichen politischen Verhaltensstrategien:

(1) an der Wahl teilzunehmen und ihre Stimme abzugeben, (2) die Wahl offen zu boykottieren oder zumindest die Teilnahme zu vermeiden und (3) möglicherweise gefälschte Ergebnisse in öffentlichem Protest anzufechten.

Wegen der Ereignisse in der Ukraine, die ihre Schatten werfen, ist für viele jede Form von öffentlichem Protest keine Option. Sogar die belarussische Opposition hat jegliche Pläne für politischen Protest nach den Wahlen aufgegeben. Und Korotkewitsch, die einzige angeregtene Oppositionskandidatin, die von anderen Oppositionsgruppen nicht komplett unterstützt wurde, setzte sich im Wahlkampf für einen friedlichen Wandel ein.

Ein Boykott der Wahlen hätte kaum zu den gewünschten politischen Ergebnissen geführt. Während das Regime davon profitiert, dass kritische Wähler fernbleiben, schadet dies den oppositionellen Kandidaten.

Insgesamt hat das Regime auch beim fünften Anlauf sein Ziel erreicht. Das politische System mobilisiert erfolgreich Lukaschenkas Wählerschaft und demobilisiert gleichzeitig Wähler mit oppositionellen Ansichten, denen keine sinnvolle Strategie bleibt und keine Option, als sich aus der politischen Sphäre zurückzuziehen und die Wahlergebnisse nicht öffentlich anzufechten.

Resümee

Bezüglich Lukaschenkas Wählerschaft haben McAlister und White behauptet, dass die Zustimmung zur Person Lukaschenka der wichtigste Erklärungsfaktor für seinen Wahlerfolg ist – nicht strukturelle Parameter oder wirtschaftliche Erfolgskriterien. Das bedeutet, dass sich das Regime auf eine breite und auch sozial breit gestreute Unterstützung aus der Bevölkerung verlassen kann. Es hat seine Fähigkeit zur Machterhaltung bewiesen, entsprechend gedämpft sind die Erwartungen der Bürger auf einen Regimewechsel.

Sie tendieren daher dazu, ihre Ablehnung in keiner Weise mehr zum Ausdruck zu bringen und den politischen Status Quo zu akzeptieren. Das mag zwar kein wesentlicher Beitrag zur autoritären Überlebensstrategien sein, zeigt aber, dass in Belarus in nächster Zukunft kein Wandel durch soziale Proteste stattfinden wird. Zur Mobilisierung der belarussischen Bevölkerung muss über neue tragfähige politische Strategien nachgedacht und eine politische Agenda entwickelt werden, die bei größeren Teilen der belarussischen Bevölkerung auf Resonanz stößt.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin

Maryia Rohava ist Doktorandin an der Universität Oslo im Rahmen eines von der EU geförderten Graduiertenetzwerks (ITN Post-Soviet Tensions, FP7, GA 316825). Vor ihrer Zeit an der Universität Oslo hat sie am European Institute of Public Administration als wissenschaftliche Mitarbeiterin zu EU Multilevel Governance gearbeitet. Ihre Dissertation behandelt die Rolle von Symbolpolitiken bei der Erhaltung autoritärer Macht am Beispiel von Belarus.

*Lesetipps**Kommentare zu den Wahlen*

- Foy, H., 2015, "Lukashenko re-election assured in Belarus but future is not", *Financial Times*, 9. Oktober. Abrufbar unter <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/296c156e-6e69-11e5-8608-a0853fb4e1fe.html?siteedition=uk#axzz3ocRWwAu0>>.
- Jarábik, B. und Melyantsou, D., 2015, "Same Old, Same Old? Belarus Votes", *Carnegie-Zentrum Moskau*, 12. Oktober. Abrufbar unter <<http://carnegie.ru/eurasiaoutlook/?fa=61593>>.
- Kulakewitsch, T., 2015, "Belarus's president has scheduled the next election. Has he already won his fifth term?", *Monkey Cage in Washington Post*, 15. Juli. Abrufbar unter <<https://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2015/07/15/belarus-president-has-scheduled-the-next-election-has-he-already-won-his-fifth-term/>>.
- McAllister, I. und White, S., 2015, "Lukashenka and his voters", *East European Politics and Societies and Cultures*.

Politikwissenschaftliche Literatur zu autoritären Regimen

- Gandhi, J., 2008, *Political institutions under dictatorship*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Hale, H., 2015, *Patronal politics: Eurasian regime dynamics in comparative perspective*, Cambridge University Press, New York.
- Mesquita, B. et al 2005, *The logic of political survival*, MIT Press, Cambridge/MA.

Belarus steht am Scheideweg

Von Astrid Sahn, Berlin

Einleitung

Auf den ersten Blick sind die belarussischen Präsidentschaftswahlen nach altbekanntem Schema verlaufen: Präsident Lukaschenka erhielt laut offiziellem Wahlergebnis 83,5 Prozent der Stimmen, wobei zur Sicherung eines Sieges in dieser Höhe von staatlicher Seite sämtliche zur Verfügung stehenden administrativen Ressourcen genutzt wurden. Dementsprechend gaben 36 Prozent der Wähler ihre Stimme bereits vor dem Wahltag ab. Auch die Stimmenauszählung verlief nicht transparent, so dass der Verdacht auf eine Manipulation des Wahlergebnisses zwangsläufig ist. Nichtsdestotrotz bilden diese Wahlen eine wichtige Weichenstellung für die weitere Entwicklung des Landes. Ausschlaggebend hierfür sind drei neue Entwicklungen.

Beziehungen zur EU

Die belarussische Führung zeigte ein deutliches Interesse an einer Verbesserung ihrer Beziehungen zur EU und ließ im August 2015 alle politischen Gefangenen frei. Zudem verliefen die Wahlen friedlich und internationale Beobachter waren willkommen. Die EU bezweifelt nicht, dass Lukaschenka auch aus freien und fairen Wahlen als Sieger mit einem Stimmenanteil zwischen 50 und 70 Prozent hervorgegangen wäre. Lukaschenka machte jedoch bereits vor den Wahlen deutlich, dass er ein solches Ergebnis nicht für ausreichend hält.

Ein zentraler Grund dürfte darin liegen, dass der belarussische Präsident ein Wahlergebnis über 80 Pro-

zent als notwendige Stärkung seiner Verhandlungsposition gegenüber Russland ansieht. Denn seit Beginn des Ukraine-Konflikts fürchtet Lukaschenka erkennbar eine Bedrohung der belarussischen Souveränität durch den Kreml. Dementsprechend war der Souveränitätserhalt auch sein zentrales Wahlkampfthema. Wenige Tage vor der Wahl erteilte er zudem der Forderung Putins nach Errichtung eines russischen Luftwaffenstützpunkts in Belarus eine deutliche Absage.

Nichtsdestotrotz wird Russland selbstverständlich weiterhin der wichtigste Bündnispartner von Belarus bleiben. Mehr als bisher ist Lukaschenka jedoch auf gute Beziehungen zur EU angewiesen, um seine Verhandlungsposition gegenüber dem Kreml zu stärken. Dies verringert die Gefahr eines erneuten abrupten Abbruchs der Annäherung an die EU. Diese Annäherung wird jedoch nur in kleinen Schritten voranschreiten, um keine Moskauer Gegenmaßnahmen auszulösen.

Wirtschaftsreformen

Lukaschenka machte erstmals keine wirtschaftlichen Wahlversprechen, sondern bereitete die Bevölkerung auf mit harten Einschnitten verbundene Reformen vor. Diese sind unausweichlich, wenn die politische Führung vom Internationalen Währungsfond einen neuen Stabilisierungskredit erhalten will. Aber auch Kredite der Eurasischen Wirtschaftsunion, um die sich das offizielle Minsk parallel bemüht, sind mit Reformauflagen verbunden.

Bezeichnenderweise wird das von der Regierung bereits im Frühjahr 2015 erarbeitete Reformprogramm erst nach den Wahlen veröffentlicht. In der Vergangenheit hielt die politische Führung zudem ihre im Zusammenhang mit Krediten gegebenen Reformzusagen meistens nicht ein. Dies erklärt sich in erster Linie dadurch, dass jegliche wirtschaftliche Liberalisierung und insbesondere eine umfangreiche Privatisierung den absoluten Machtanspruch von Präsident Lukaschenka untergraben würden.

Angesichts zunehmender Krisensymptome, die durch den dramatischen Einbruch des Handels mit Russland und der Ukraine im laufenden Jahr verstärkt werden, erscheinen Reformen jedoch unvermeidlich. Lukaschenka sieht sich daher zunehmend in einer Zwickmühle: Hält er an seinem Herrschaftsverständnis fest, droht mittelfristig der ökonomische Kollaps und die Übernahme des Landes durch Russland. Lässt er sich jedoch auf Reformen ein, um die ökonomische Entwicklung des Landes zu sichern, wird er Einschränkungen seines Machtanspruchs akzeptieren müssen.

Rolle der Opposition

Die belarussische Opposition hat mit Tazjana Karatkewitsch, die sich als erste Frau um das belarussische Präsidentenamt bewarb, die Chance erhalten, in den Augen der Wähler das vom Regime geschaffene Schreckbild der Opposition zu entdämonisieren. Im Wahlkampf setzte Karatkewitsch auf eine Strategie des friedlichen Wan-

dels, die reformoffene Vertreter des Staatsapparats einbezieht. Damit traf sie den Nerv vieler Teile der Bevölkerung, die angesichts des Ukraine-Konflikts Angst vor einem gewaltsamen Umsturz haben.

In den wenigen Wahlbezirken, in denen unabhängige Wahlbeobachter die Zählung der Wahlzettel beobachten konnten, lag der Stimmanteil von Tazjana Karatkewitsch mit 20 bis 30 Prozent deutlich über ihrem offiziellen Wahlergebnis von 4,4 Prozent. Sie erschloss sich damit offensichtlich auch Wählerkreise, die bisher Lukaschenka unterstützt haben.

Die Boykottstrategie der altgedienten Oppositionsführer um den im August 2015 entlassenen ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Mikolaj Statkewitsch, die sich offen gegen Karatkewitsch aussprachen, wurde maximal von 10–15 Prozent der (Nicht-)Wähler unterstützt. Da Statkewitsch weiterhin offen auf Straßenproteste als Instrument für die Herbeiführung von Veränderungen setzt, dürfte in den nächsten Monaten ein Ringen zwischen »alter« und »neuer« Opposition zu beobachten sein.

Die zentrale Frage ist, ob die politische Führung versuchen wird, sämtliche Oppositionskräfte gleichermaßen zu marginalisieren, oder ob sie ein Interesse an der Existenz einer konstruktiven Opposition hat, die ein Bündnispartner bei der Durchführung der anstehenden Reformen sein kann. Wie sich Lukaschenka in dieser Hinsicht entscheidet, wird sich spätestens bei den nächsten Parlamentswahlen zeigen, die 2016 anstehen.

Über die Autorin

Dr. Astrid Sahm ist Politikwissenschaftlerin und leitet derzeit das Berliner Büro des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund.

Belarus, die Demokratie und die EU

Von Olga Stuzhinskaya, Brüssel

Einleitung

Belarus hat Mitte Oktober die Aufmerksamkeit der führenden Nachrichtenkanäle auf sich gezogen – im Rampenlicht standen allerdings nicht die Präsidentschaftswahlen, sondern die Gewinnerin des Literaturnobelpreises, die belarussische Schriftstellerin und Autorin Swetlana Alexejewitsch. Im Schatten dieser Nachricht fanden die Wahlen in Belarus in ihrer wie üblich betrügerischen Art statt. Der amtierende Präsident Lukaschenka verkündete, 84 Prozent der abgegebenen Stimmen erlangt zu haben und den Präsidentsitz für seine fünfte Amtszeit zu besetzen. Der Westen erkannte die

Wahlen nicht als frei und fair an, war aber zufrieden, dass es nach der Verkündung der Ergebnisse nicht zu Gewalt kam.

Wandel

Es wäre jedoch ein Fehler zu glauben, Belarus sei das gleiche Land wie vor fünf Jahren, nach den Präsidentschaftswahlen von 2010. Die geopolitischen Rahmenbedingungen und die innenpolitischen Herausforderungen haben sich verändert. Nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise wandten Lukaschenka und seine Regierung sich stärker von Moskau ab, wobei sie gleichzeitig

das Bild brüderlicher Beziehungen aufrechtzuerhalten versuchten, um den Kreml nicht zu sehr zu verärgern. Frieden und Unabhängigkeit wurden die Kernbotschaften ihres Wahlkampfes. Der hohe Grad der Anbindung der belarussischen an die russische Wirtschaft macht diese Strategie angesichts fehlender substantieller wirtschaftlicher Reformen und der Konservierung des Sowjetmodells durch Lukaschenka noch schwieriger.

Die Reformfrage steht allerdings noch aus. Der belarussische Präsident sieht die Notwendigkeit, einen neuen Weg zu beschreiten, unklar ist aber, ob seine Regierung und er genug politischen Willen, Bewegungsspielraum und Verständnis haben, um die in den verschiedenen Bereichen notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Ihr Regieren im Stil der Sowjetunion ist womöglich das größte Hindernis für echte Reformen. Zudem würden Reformen ernsthafte Veränderungen im politischen System erforderlich machen, und Lukaschenka ist es sehr wichtig, die Kontrolle zu behalten. Und er hat die Kapazitäten, einen potentiellen Meinungspluralismus auszuschalten.

Haltung zur Demokratie

Moskau fernzubleiben heißt nicht, näher an den Westen heranzurücken. Jenseits der Ukraine-Ereignisse bleiben westliche Sprachen und das westliche Wertesystem Lukaschenka und vielen ranghohen Offiziellen in Belarus fremd. Im Lauf der Jahre hat Lukaschenka seine Kommunikation mit Putin und anderen ähnlich autoritären Führern in den Griff bekommen, die Versuche der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten,

Über die Autorin

Olga Stuzhinskaya ist die Gründerin des Office for a Democratic Belarus (ODB) in Brüssel, das eine Stärkung der Verbindungen zwischen Belarus und der Europäischen Union (EU) anstrebt. Mit seinen Programmen fördert das Office europäische Werte und Best Practices in Belarus, und es unterstützt die Annäherung an europäische Standards. Stuzhinskaya gehörte dem Präsidium des Eastern Partnership Civil Society Forum an, außerdem war sie Vizevorsitzende des Board of the Policy Association for an Open Society (PASOS).

Lesetipp

Die im Beitrag zitierte Meinungsumfrage ist im Internet zugänglich unter http://odb-office.eu/expertise_/research/public-opinion-poll-belarus-and-eastern-partnership-national-and-european-values.

die Botschaft der demokratischen Werte zu überbringen, haben ihren Adressaten dagegen nicht erreicht.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Mehrheit der Bevölkerung in Belarus, die ebenfalls nur ein sehr geringes Verständnis von demokratischen Werten hat. Die Ergebnisse einer im Jahr 2013 vom Office for a Democratic Belarus in Auftrag gegebenen Umfrage über nationale und europäische Werte zeigen, dass nur fünf Prozent der Befragten der Meinung sind, das Fehlen von Demokratie sei ein Problem für Belarus, nur 25 Prozent bezeichneten die demokratischen Werte als in ihrem Leben wichtige Werte.

Rolle der EU

Die auf der Umfrage basierende Studie kommt zu dem Ergebnis, dass »sich das kontinuierliche Engagement und die zunehmende Präsenz der EU in Belarus positiv auf die ideellen und sozialen Einstellungen der Bevölkerung ausgewirkt haben, so dass das öffentliche Verhalten schrittweise zugunsten einer Anerkennung der Legitimität der EU als politische Regionalmacht modifiziert wird«.

Zahlreichere Kontakte, eine effizientere Kommunikation mit der Bevölkerung über die EU, eine leichter zugängliche und effektivere Unterstützung der Zivilgesellschaft in Belarus und eine größere Dialogbereitschaft der belarussischen Regierung sind das beste Rezept, um bei der allmählichen Demokratisierung der ehemals »letzten Diktatur Europas« voranzukommen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Ergebnisse der Wahlbeobachtung durch die Kampagne »Menschenrechtsaktivisten für freie Wahlen« (Europäische Plattform für demokratische Wahlen)

Zusammenfassung

Die Präsidentschaftswahlen begannen 2015 in einem für die Abhaltung freier und demokratischer Wahlen sehr ungünstigen Klima: Politische Gefangene waren noch immer in Haft, die systematische Bedrohung unabhängiger Journalisten dauerte an.

Eine positive Tendenz wurde nach der Freilassung politischer Gefangener im August 2015 deutlich: Im Wahlkampf konnten politische und Bürgerrechte stärker wahrgenommen werden, die Behörden behinderten weder Unterschriftensammlungen zur Nominierung von Präsidentschaftskandidaten noch Wahlkampfveranstaltungen.

Die belarussischen Behörden gingen nicht mit Repressionen und Verhaftungen gegen Massenveranstaltungen jenseits des Wahlrechts vor, die ein Teil der Opposition abhielt. Auch die administrative Bestrafung der Organisatoren dieser Veranstaltungen verletzt jedoch das Recht auf friedliche Versammlung, das internationale Abkommen garantieren.

Dennoch erfüllte der Wahlprozess eine Reihe zentraler internationaler Standards für demokratische und freie Wahlen nicht. Das liegt am fehlenden gleichberechtigten Zugang aller Kandidaten zu den Medien, der nichtvorhandenen Unparteilichkeit der Wahlkommissionen, dem Einsatz administrativer Mittel zugunsten des Amtsinhabers, an einer Reihe von Vorkommnissen, bei denen Wähler zur vorzeitigen Stimmabgabe genötigt wurden, und am Ausschluss von Beobachtern aus einigen Wahlverfahren.

Der wichtigste Grund zur Kritik ist die fehlende Transparenz bei der Stimmauszählung, wegen der die Wahlergebnisse nicht als Spiegel des Wählerwillens angesehen werden können.

Wahlkommissionen

Die Diskriminierung von Repräsentanten der Oppositionsparteien durch die staatlichen Institutionen, die die Wahlkommissionen bildeten, war während des gesamten Formierungsprozesses der Kommissionen offenkundig. Die absolute Zahl der Repräsentanten von Oppositionsparteien in den Territorialen Wahlkommissionen betrug zehn, das sind 0,5 Prozent der Mitglieder; in den Bezirkswahlkommissionen belief sich die Zahl der Repräsentanten von Oppositionsparteien auf 31, was 0,046 Prozent ihrer Mitglieder entspricht und fünfmal weniger ist als bei der letzten Präsidentschaftswahl.

Wegen fehlenden rechtlich bindenden Kriterien zur Auswahl der Kommissionsmitglieder aller Ebenen aus dem Kreis der Nominierten kann bei der Formierung der Kommissionen willkürlich vorgegangen werden. Das Fehlen solcher Kriterien macht auch eine Verordnung in Bezug auf die Wahlkommission wirkungslos, die die Möglichkeit vorsieht, gerichtlich gegen Nichtberücksichtigungen von Wahlkommissionskandidaten vorzugehen.

Die kleine Zahl von Repräsentanten politischer Parteien in den Territorialen Wahlkommissionen spiegelt die Eigenheiten des belarussischen Politikmodells wider, in dem die politischen Hauptakteure des Wahlkampfes Repräsentanten von Pro-Regierungsorganisationen und Arbeiterverbänden sind.

Nominierung und Registrierung der Kandidaten

15 Initiativen haben Registrierungsanträge zur Nominierung von Präsidentschaftskandidaten eingereicht, acht von ihnen hat die Zentrale Wahlkommission registriert. Auf bestimmte Orte bezogene Verbote von Unterschriftensammlungen zur Kandidatennominierung durch lokale Exekutivorgane schränkten die Möglichkeiten von Initiativen an öffentlichen Orten zwar nicht entscheidend ein, in vielen Fällen waren sie aber auch nicht durch die Erfordernisse der Sicherheit und öffentlichen Ordnung begründet.

Die Behörden behinderten Unterschriftensammlungen zwar nicht entscheidend, die exekutive Machtvertikale und die Leitungen von Staatsunternehmen spielten allerdings weiterhin eine sehr große Rolle. Die Unterschriftensammlung zur Nominierung Alexander Lukaschenkas als Präsidentschaftskandidat wurde von aktivem Einsatz administrativer Mittel begleitet: Sie fand an Arbeitsplätzen statt, in Unternehmen und Institutionen, häufig unter direkter Beteiligung der Leitungen dieser Behörden und Institutionen.

Intransparente Verfahren bei der Verifizierung von Unterschriften und Dokumenten geben Anlass, die Ergebnisse der Registrierung als politisch motiviert anzusehen. Die Zentrale Wahlkommission hat vier Personen als Präsidentschaftskandidaten der Republik Belarus registriert: Alexander Lukaschenka, Tatjana Korotkewitsch, Sergej Gajdukewitsch, Nikolai Ulachowitsch.

Wahlkampf

Die Wahlen wurden nicht von einem beachtenswerten sozialen und politischen Wahlkampf zur belarussischen Gesellschaft begleitet und erhielten von den Wählern auch nicht viel Aufmerksamkeit. Das Fehlen von visueller Werbung für Präsidentschaftskandidaten ist eindeutig der geringen Aktivität einiger Kandidaten geschuldet, genauso aber dem Auslaufen der staatlichen Finanzierung für die Herstellung von Informationsmaterial.

In einer Reihe von Städten wurden günstige Wahlkampfbedingungen geschaffen, darunter in der Hauptstadt. Gleichzeitig erklärten viele Beobachter in den Regionen, die lokalen Behörden hätten dort absolut ungeeignete Orte für Wahlkampfveranstaltungen bestimmt.

Die Hauptakteure des Wahlkampfs waren der amtierende Präsident und die Zentrale Wahlkommission. Alexander Lukaschenka stand bezüglich der Zuweisung von Sendezeit und Werbeflächen in Zeitungen jenseits jeglicher Konkurrenz.

Administrative Mittel wurden aktiv zugunsten des amtierenden Präsidenten eingesetzt. Öffentliche und haushaltsfinanzierte Pro-Regierungsorganisationen (Föderation der Belarussischen Gewerkschaften, Belarussisch-Republikanische Jugendunion und andere) organisierten soziopolitische Aktionen im Rahmen des Wahlprogramms des amtierenden Präsidenten sowie unter Verwendung seiner charakteristischen Symbole, die von den Bürgern als Unterstützung seines Wahlkampfs wahrgenommen wurden. Dass sie nicht aus Wahlkampfgeldern des Kandidaten finanziert wurden, ist eine Verletzung der geltenden Wahlkampfordnung.

Vorzeitige Stimmabgabe

Laut Informationen der Zentralen Wahlkommission gaben 36,5 Prozent der Wähler ihre Stimme vorzeitig ab – das ist ein höherer Anteil als bei den Wahlen von 2001, 2006 und 2010. Die vorzeitige Stimmabgabe ist eigentlich zum Normalfall geworden, was den Vorschriften der Wahlkommission nicht entspricht.

Im Rahmen der vorzeitigen Stimmabgabe haben Beobachter der Kampagne »Menschenrechtsaktivisten für freie Wahlen« zahlreiche Fälle registriert, bei denen die Leitungen von Unternehmen und Universitäten Bürger zur Teilnahme nötigten. Hier wiederholten sich negative Praktiken früherer Wahlkampagnen.

In vielen Wahllokalen wurden übertriebene Angaben zur Wahlbeteiligung registriert. Laut Informationen unserer Beobachter aus 144 Wahllokalen war die allgemeine Wahlbeteiligung in den fünf Tagen der vorzeitigen Stimmabgabe um 6,2 Prozent niedriger als laut offiziellen Angaben. In einigen Wahllokalen betrug die festgestellte Diskrepanz mehr als 50 Prozent.

Die Praxis der vorzeitigen Stimmabgabe bleibt ein systematisches Problem des Wahlprozesses, da sie den Einsatz administrativer Mittel sowie aller Arten von Manipulation jeglicher Größenordnung ermöglicht. Die Empfehlungen des Office for Democratic Institutions and Human Rights in Bezug auf Änderungen beim Verfahren der vorzeitigen Stimmabgabe sind deshalb nach wie vor relevant.

Stimmabgabe am Wohnort der Wähler

Auch die geltenden Regelungen zur Stimmabgabe am Wohnort bergen Manipulationsmöglichkeiten. Beobachter können nicht verifizieren, ob ein Wähler die Stimmabgabe am Wohnort wirklich beantragt hat oder nicht, denn das Gesetz lässt sowohl schriftliche als auch mündliche Beantragung zu.

Es wurden Fälle registriert, in denen Wähler die Stimmabgabe am Wohnort nicht beantragt hatten und das den Mitgliedern der Bezirkswahlkommissionen, die mit Wahlurnen zu ihren Wohnungen kamen, mitteilten. In einigen Fällen bekamen Beobachter keine Informationen zur Anzahl der Wähler auf den Listen für die Stimmabgabe am Wohnort. Wiederholt wurde festgehalten, dass die Zahl der Wähler, die ihre Stimme am Wohnort abgegeben hatten, nicht mit der Zahl der Wahlurnen, die zu diesem Zweck im Einsatz waren, in Übereinstimmung zu bringen war.

Stimmabgabe in Wahllokalen und Auszählung der Stimmen

Das Wahlgesetz schreibt keine Methode zur Auszählung der Urnen durch die Bezirkswahlkommissionen vor: Es legt kein eindeutiges Verfahren fest, bei dem das Ergebnis jeder einzelnen Urne laut vorgelesen und allen anwesenden Mitgliedern der Bezirkswahlkommission sowie den Beobachtern gezeigt werden muss.

Bei den Stimmauszählungen in den Wahllokalen wiederholten sich negative Auszählungspraktiken. Über die Hälfte der Beobachter konnte die Auszählungen nicht frei beobachten. In 76,9 Prozent der Fälle konnten die Beobachter den Inhalt der Urnen nicht sehen. Nur 12,2 Prozent der von den Beobachtern eingereichten Beschwerden wurden auf Versammlungen der Bezirkswahlkommissionen verhandelt.

Quelle: Der vollständige Bericht ist im Internet veröffentlicht worden unter <<http://elections2015.spring96.org/en/news/80734>>.

1. September – 11. Oktober 2015

01.–03.09.2015	Eine offizielle Delegation unter Leitung von Aljaksandr Lukaschenka besucht China, um an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges im Anti-Japanischen Krieg sowie im Zweiten Weltkrieg teilzunehmen. Im Laufe des Besuchs werden mehrere Gespräche mit der chinesischen Staatsführung, u. a. mit Präsident Xi Jinping, geführt. Gesprächsthemen sind u. a. der Bau des chinesisch-belarussischen Industrieparks in Belarus sowie die zukünftige Zusammenarbeit beider Staaten.
02.–05.09.2015	Gernot Erler, Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft in der deutschen Bundesregierung, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf und führt Gespräche u. a. mit dem belarussischen Außenminister Wladimir Makej sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Erler weist darauf hin, dass die Freilassung der politischen Gefangenen in Belarus ein positives Signal für die Beziehungen von Belarus mit Deutschland und der EU sei; allerdings sei es wichtig, dass die Präsidentschaftswahlen im Oktober frei und fair durchgeführt werden.
07.–10.09.2015	Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) hält sich zum ersten Mal seit 14 Jahren in Belarus auf, um den Wahlkampf und das politische Klima im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen auszuwerten. Der Delegation gehören sechs Personen an, darunter der PACE-Sonderberichterstatler für Belarus Andrea Rigoni. Im Laufe des Besuchs werden Gespräche u. a. mit Abgeordneten der Nationalversammlung, Außenminister Wladimir Makej, Leiterin der Zentralen Wahlkommission Lidsija Jarmoschna sowie mit Vertretern der Opposition, Menschenrechtlern und NROs durchgeführt. In ihrer Abschlusserklärung ruft die PACE u. a. zur Fortsetzung der Verbesserung der Menschenrechtssituation in Belarus auf.
08.09.2015	Ein Kandidat der Präsidentschaftswahl 2010, Ales Michalewitsch, wird an der belarussisch-litauischen Grenze festgenommen und am gleichen Tag freigelassen. Michalewitsch ist der einzige wegen der Massenproteste nach den Wahlen 2010 Angeklagte, der 2011 trotz seines Hausarrests Belarus verlassen hat.
08.09.2015	Die vier Arbeitsgruppen, die zur Implementierung der in Minsk im Februar 2015 beschlossenen Vereinbarung (Minsk-2) zur Beilegung der Ukraine Krise beitragen sollen, sowie die trilaterale Kontaktgruppe mit Vertretern der OSZE, der Ukraine, Russlands und der selbsternannten Republiken Donezk und Luhansk tagen ein weiteres Mal in Minsk. Die Kontaktgruppe begrüßt den Waffenstillstand in der Region Donbass, der seit Ende August 2015 herrscht, sowie die Fortschritte beim Abzug schwerer Waffen.
08.09.2015	Auf einer Sitzung des Zwischenstaatlichen Rates der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) in Hrodna, Belarus, wird ein Memorandum über die Beziehungen mit der EU verabschiedet: Die Regierungschefs erklären das Interesse des EAWU an der Fortsetzung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen der Zuständigkeit der EAWU.
09.–11.09.2015	Die stellvertretende Außenministerin Aljona Kuptschyna trifft sich während eines Arbeitsbesuchs in Stockholm mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE, dem Leiter der schwedischen Parlamentarierdelegation bei der OSZE PV und dem Sonderkoordinator der OSZE-Kurzzeitbeobachtermission für die Präsidentschaftswahlen in Belarus, Kent Härstedt. Ziel ist der Meinungsaustausch über die Situation in der Region und die Vorbereitung für die Präsidentschaftswahlen in Belarus.
10.09.2015	Die Zentrale Wahlkommission registriert vier Präsidentschaftskandidaten: Taziana Karatkewitsch, Sjarhej Hajdukewitsch, Mikalaj Ulahowitsch und Aljaksandr Lukaschenka.
10.09.2015	In Minsk findet eine nicht genehmigte Kundgebung mit dem Aufruf zur freien und fairen Wahlen statt, an der u. a. die Oppositionsvertreter Uladsimir Nekljau, Anatol Ljabledska und Mikalaj Statkewitsch teilnehmen.
11.09.2015	Eine Delegation des Sekretariats der Welthandelsorganisation (WTO) unter Leitung des Direktors der WTO-Beitrittsabteilung Chiedu Osakwe hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf und trifft sich mit Außenminister Wladimir Makej. Es wird ein »Fahrplan« zur Fortsetzung des Beitrittsprozesses von Belarus zur WTO verabschiedet.
11.09.2015	Die neue Leiterin der EU-Delegation in Belarus Andrea Wiktorin reist nach Belarus ein.
13.09.2015	Ales Bjaljazki, ehemaliger politischer Gefangener und Leiter des Menschenrechtszentrums »Wjasna« in Belarus, spricht während der Konferenz »Forum 2000« in Prag von der von Lukaschenka aufgebauten »Fassadendemokratie«.
14.–15.09.2015	Präsident Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Duschanbe auf, um zusammen mit den Präsidenten Armeniens, Kasachstans, Kirgisiens und Russlands an der Sitzung des Rates für Kollektive Sicherheit der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit (OVKS) teilzunehmen.
15.–18.09.2015	Drei Präsidentschaftskandidaten – Sjarhej Hajdukewitsch, Taziana Karatkewitsch und Mikalaj Ulahowitsch – treten mit ihren Wahlreden im Fernsehen auf. Lukaschenka verzichtet auf den Auftritt vor den Wählern.

16.09.2015	In Minsk findet eine von der Opposition organisierte, nicht genehmigte Kundgebung in Erinnerung an die in Belarus verschwundenen Politiker statt.
16.–18.09.2015	Aljaksandr Lukaschenka besucht Sotschi und nimmt am 2. Forum der Regionen Russlands und Belarus' teil. Im Vorfeld des offiziellen Besuchs werden informelle Gespräche mit den Präsidenten von Russland und Kasachstan, Wladimir Putin und Nursultan Nazarbaew geführt.
21.–22.09.2015	Der Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Kent Härstedt, der die OSZE-Kurzzeitbeobachtermission in Belarus leiten wird, ist zu einem offiziellen Besuch in Belarus. Er führt Gespräche mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Repräsentantenkammer der belarussischen Nationalversammlung Wiktar Huminski, mit Außenminister Wladimir Makej, mit der Leiterin der Zentralen Wahlkommission Lidsija Jarmoschnyna sowie mit belarussischen Oppositionellen. Härstedt wertet es als positives Signal, dass Belarus Vertreter der OSZE und des Europarates als Wahlbeobachter zu den Präsidentschaftswahlen eingeladen hat.
22.09.2015	Der ehemalige politische Gefangene Mikalaj Statkewitsch wird von einem Minsker Gericht für die Organisation der nicht genehmigten Kundgebung am 10. September in Minsk zu einer Geldstrafe in Höhe von 7,2 Mio. BYR (umgerechnet knapp 400 Euro) verurteilt.
22.09.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk. Während des Treffens werden u. a. die Wahlen in der Region Donbass besprochen. Dabei sei keine Einigung über den Abzug schwerer Waffen erzielt worden, so der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik.
23.09.2015	Vertreter der belarussischen Opposition unterzeichnen eine Erklärung gegen die Einrichtung eines russischen Luftwaffenstützpunktes in Belarus. Laut Medienberichten hat Wladimir Putin am 19. September angeordnet, die Vereinbarung über einen Luftstützpunkt in Belarus zu unterzeichnen.
23.09.2015	In Minsk findet ein von der Opposition organisiertes, nicht genehmigtes »Treffen mit den Wählern« statt, das dem 21. Jahr der Regierung von Lukaschenka gewidmet ist. Gegen die Organisatoren Mikalaj Statkewitsch, Anatol Ljabadzka und Uladsimir Nekljau werden Protokolle über Ordnungswidrigkeiten angelegt.
23.09.2015	Im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des EU-Parlaments findet die Anhörung zu Belarus statt. Daran nehmen u. a. der Direktor der Abteilung für Russland, die Östliche Partnerschaft, Zentralasien und die OSZE-Kooperation im Europäischen Auswärtigen Dienst Gunnar Wiegand, der Sonderberichterstatter für Belarus des UN-Menschenrechtsrats Miklós Haraszti und der stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtszentrums »Wjasna« Waljantin Stefanowitsch teil. Stefanowitsch spricht über die bereits bekannten Ergebnisse der nicht freien Wahlen in Belarus.
24.09.2015	Belarus rechne mit der schnellstmöglichen Aufhebung von EU-Sanktionen, welche den Weg frei mache für die Normalisierung der Beziehungen mit der EU, erklärt Leiter der Informationsverwaltung und Pressesprecher des Außenministeriums Andrej Mirontschyk.
24.09.2015	Der Belarussische Journalistenverband präsentiert sein Monitoring der Berichterstattung der Wahlkampagne im Zeitraum vom 1. bis 20. September 2015. Laut Bericht hat sich das Model der Berichterstattung seitens der staatlichen Medien seit den letzten Wahlen im Jahr 2010 nicht wesentlich verändert. Die meisten Nachrichtenmeldungen berichteten über den amtierenden Präsidenten.
24.09.2015	Mehrere Leiter russischer Medien werden vom belarussischen Präsidenten mit Orden und Medaillen für den »wesentlichen Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen Informationsraums und die Entwicklung der belarussisch-russischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Journalismus« ausgezeichnet.
24.09.2015	Belarus tritt der UN-Behindertenrechtskonvention bei.
26.–29.09.2015	Zum ersten Mal seit 10 Jahren besucht Präsident Lukaschenka mit einer Delegation die USA. Grund der Reise ist die Teilnahme am UN-Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der UN-Generalversammlung. Der belarussische Präsident hält eine Rede während des UN-Gipfels und der UN-Generalversammlung und trifft sich u. a. mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, der geschäftsführenden Direktorin des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde und dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein.
27.–28.09.2015	Außenminister Wladimir Makej trifft sich am Rande des UN-Gipfels zur nachhaltigen Entwicklung u. a. mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn. Gesprächsthemen sind der Zustand und die Perspektiven der Beziehungen zwischen der Republik Belarus und der EU. Während seines Treffens mit den Vertretern des US-Außenministeriums wird die Normalisierung der belarussisch-amerikanischen Beziehungen besprochen.

27.09.2015	Der Leiter der langfristigen OSZE/ODIHR-Beobachtermission Jacques Faure erklärt in der Sendung »Konkury« des staatsnahen Fernsehsenders ONT, dass einige nach den letzten Präsidentschaftswahlen 2010 gemachten Empfehlungen der OSZE nicht beachtet wurden.
29.09.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine unter Beteiligung des ukrainischen Ex-Präsidenten Leonid Kutschma, des Vertreters der Russischen Föderation Asamat Kulmucharow, des OSZE-Sonderbeauftragten für die Ukraine Martin Sajdik sowie der Vertreter der Donezker und Luhansker Separatisten tagt in Minsk. Die Vertreter einigen sich auf den Abzug von Waffen mit einem Kaliber von bis zu 100 Millimetern aus dem ostukrainischen Kampfgebiet.
30.09.2015	Die Oppositionsvertreter Mikalaj Statkewitsch, Anatol Ljabezka und Uladsimir Nekljau werden von einem Minsker Gericht für die Durchführung nicht genehmigter Kundgebungen im September zu Geldstrafen von 5,4 bis 9 Mio. BYR (umgerechnet etwa 300 bis 450 Euro) bestraft.
02.10.2015	Präsident Lukaschenka nimmt mit seinen drei Söhnen an einer Feierstunde »Gebet für Belarus« in der Gedächtniskirche Aller Heiligen in Minsk teil und legt eine Kapsel mit der Erde aus den Grabstätten belarussischer Soldaten, die fern von ihrer Heimat während des Zweiten Weltkriegs gestorben waren, nieder. An der Aktion beteiligen sich u. a. Kirchenführer von vier Konfessionen, europäische Botschafter, Vertreter der öffentlichen Verbände und Parteien.
03.10.2015	Es finden Wahldebatten zwischen den Präsidentschaftskandidaten statt. Präsident Lukaschenka verzichtet auf die Teilnahme.
03.–05.10.2015	Die unabhängigen Nachrichtenportale belapan.by und naviny.by sind von einem DDoS-Angriff betroffen. Der Belarussische Journalistenverband erkennt darin politische Motive im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen.
04.10.2015	Eine nicht genehmigte, von der Opposition organisierte Kundgebung »Für ein friedliches und neutrales Belarus«, die sich gegen die Einrichtung eines russischen Luftwaffenstützpunktes in Belarus richtet, findet in Minsk statt. An der Aktion nehmen ca. 400 Menschen teil. Am 9. Oktober werden mehrere Aktivisten und Oppositionelle, darunter Nekljau, Statkewitsch und Ljabezka, von einem Minsker Gericht für die Organisation und Durchführung der Aktion zu Geldstrafen verurteilt.
05.10.2015	Nach den Angaben der Zentralen Wahlkommission haben sich über 900 Auslandsbeobachter für die Präsidentschaftswahlen in Belarus akkreditiert. Darunter die Vertreter des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), der ausländischen Wahlkomitees, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.
06.–10.10.2015	In Belarus findet die vorzeitige Stimmabgabe zu den Präsidentschaftswahlen statt.
06.10.2015	Drei ehemalige politische Gefangene – Ales Bjaljazki, Andrej Sannikau und Mikalay Statkewitsch – schicken einen offenen Brief an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini sowie an die Leiter der Außenministerien der EU-Staaten. Im Brief wird die EU dazu aufgefordert, die Sanktionen gegen Belarus nicht aufzuheben, bis alle Bedingungen der EU zur Normalisierung der Beziehungen mit Belarus, einschließlich der Rehabilitation von ehemaligen politischen Gefangenen und eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtslage, erfüllt sind.
06.10.2015	Der Europäische Gerichtshof erklärt die von der EU 2012 gegen den belarussischen Oligarchen Jury Tschyzh und sein Unternehmen »Triple« sowie den Fußballverein »Dynamo Minsk« verhängte Sperrung der Vermögenswerte für ungültig. Das Gericht begründet seinen Beschluss damit, dass die EU keine ausreichenden Nachweise erbracht habe, dass Tschyzh das Lukaschenka-Regime finanziell unterstütze. Die EU-Vertretung in Belarus erklärt am folgenden Tag, der Beschluss des Gerichtshofs sei juristisch begründet und habe damit keinen politischen Hintergrund.
07.10.2015	Die Leiterin der EU-Vertretung in Belarus, Andrea Wiktorin, trifft sich mit den Vertretern der belarussischen Opposition, darunter mit Uladzimir Nekljau, Anatol Ljabezka, Mikalaj Statkewitsch und Jury Hubarewitsch. Gesprächsthemen sind die kommenden Wahlen sowie die mögliche Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Belarus.
08.10.2015	Die belarussische Schriftstellerin Swjatlana Alexijewitsch erhält den Nobelpreis für Literatur 2015 »für ihr vielstimmiges Werk, das dem Leiden und dem Mut in unserer Zeit ein Denkmal setzt«. Alexijewitsch wird damit zur ersten Nobelpreisträgerin mit belarussischer Staatsbürgerschaft.

09.10.2015	In einer gemeinsamen Erklärung des Generalsekretärs des Europarates Thorbjørn Jagland und der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU Federica Mogherini wird erneut ein Moratorium auf die Ausführung der Todesstrafe in Belarus gefordert.
11.10.2015	In Belarus finden Präsidentschaftswahlen statt.
11.10.2015	Die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Lidsija Jarmoschyna gibt bekannt, dass die Wahlbeteiligung bei der vorzeitigen Stimmabgabe bei etwa 36 % liege, was ein neuer Höchstwert ist. Nach Angaben staatlicher Medien zeigen Umfragen am Wahltag, dass über 80 % der Wähler für den amtierenden Staatschef Lukaschenka gestimmt haben.
11.10.2015	Die Oppositionsvertreter Uladzimir Nekljaeu, Anatol Ljabledska und Mikalaj Statkewitsch rufen die EU in einer gemeinsamen Pressekonferenz dazu auf, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus nicht anzuerkennen.
11.10.2015	In Minsk findet abends eine Protestaktion mit 100 bis 200 Menschen gegen die Fälschung der Wahlergebnisse statt.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Heiko Pleines (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter <www.laender-analysen.de>

ISSN 2192-1350 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>



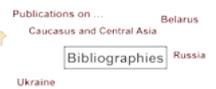
Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB
Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php